Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 138. Halle, Mittwoch den 19. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Die Zensur im Abgeordnetenhause.

Der Reichstag in Hamburg.

J. K. 175 Reichstagsabgeordnete, darunter zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, sind nach Hamburg gefahren, um sich über die Wünsche der Stadt und des dortigen Handels unterrichten zu lassen. Ein Großreeder, ein Bankherr und ein Großhändler haben ihnen auseinandergesetzen gesucht, daß die Hauptsache für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege Elastizität, vollständige Bewegungsfreiheit des Handels und der Schiffahrt, Beseitigung aller staatlichen Zwangsvorschriften sei. Und der Reichstagsvizepräsident Dove hat den Hamburger Kapitalsinteressenten versprochen, der Reichstag werde gegen den wirtschaftlichen Belagerungszustand kämpfen wie gegen den politischen. Ueberwältigend große Erfolge hat der Kampf des Reichstages für die politische Freiheit bisher nicht gebracht; wir hoffen sehr, daß seine Kriegserklärung gegen die wirtschaftliche Ordnung noch viel wirkungsloser bleibt, aber wir fürchten bei der Stärke kapitalistischer Einflüsse das Gegenteil.

Der Reichstag möge auf seiner Hut sein! Honigsüß wissen ihn die in der Kunst der Menschenbehandlung erfahrenen Nachkommen der alten Pfeffersäcke vorzureden, welch herrlichen Zeiten sie das deutsche Volk entgegen führten, wenn man nur die Ballin und Warburg frei schalten und walten ließen. Inzwischen steigen auf diese Aussicht hin die Kurse der Schiffahrtsaktien an der Börse ins Unermeßliche: die Spekulation nimmt die Gewinne vorweg, die man sich davon verspricht, [illegible] der Reichstag [illegible] Wiederaufbau der Handelsflotte zur Verfügung stand, wüßten die Großreeder nicht ob — nein, sie nahmen nicht nur mit Vergnügen die zwei Milliarden Reichszuschuß an, sondern drängten sogar ungestüm darauf und setzten dabei, der sich sträubte, auseinander, die ganze Zukunft Deutschlands hänge davon ab, daß man — mit Reichsgeld — genügend Schiffsraum bereitstelle, um die Rohstoffeinfuhr bei Kriegsende zu beschleunigen. Jetzt handelt es sich um die Frage, wer den Schiffsraum bewirtschaften soll, das Reich oder der Privatkapitalist. Jetzt auf einmal erklären dieselben Reeder, Schiffe habe man mehr wie genug, nur der Rohstoff in der ganzen Welt sei knapp und den könne nur die Findigkeit des Kaufmanns aufspüren; darum sei jede staatliche Bewirtschaftung des Schiffsraums ganz verfehlt. Der Widerspruch ist aufdringlich plump. Wird der Reichstag den kühnen Hamburger Spekulanten wieder glauben, wie er ihnen beim Gesetz über die Handelsflotte geglaubt hat?

Während des Krieges hat das Industriekapital und teilweise auch der Binnenhandel ungeheure Gewinne eingestrichen. Nach dem Krieg wollen das Schiffahrtskapital und der Außenhandel sich ebenso bereichern wie ihre glücklichen kriegsgewinnlichen Brüder. Und wieder soll das deutsche Volk die Kosten tragen. „Wir müssen durch das Fegefeuer der freien Preisbildung hindurch," ruft Herr Max Warburg dem Reichstag zu. Wir danken schön! Gebranntes Kind scheut das Feuer. Wir haben uns in der Hölle des Preiswuchers der ersten Kriegsmonate die Finger gehörig verbrannt, daß wir nach dem Fegefeuer des Nachkriegswuchers keinerlei Verlangen tragen. Unschuldig wie ein Lamm und harmlos wie ein Kanarienvogel fragt der alte Fuchs Ballin, warum denn die Regierung dem deutschen Volke, das in allen Schichten und Berufsständen so großes geleistet habe, Mißtrauen entgegenbringe und es nicht frei wirtschaften lassen wolle. Ganz Deutschland hat in diesem Kriege wirklich Ungeheures gelitten und geleistet, aber die Kapitäne der freien Wirtschaft haben nur gewuchert, und ohne die staatliche Ordnung der Kriegswirtschaft wären wir längst am Ende. Gerade im Interesse des deutschen Volkes, das gekämpft hat, muß die Freiheit des Spekulantentums rücksichtslos unterdrückt werden. Auf die Freiheitsphrasen der Profitjäger darf das deutsche Volk noch viel weniger hineinfallen, als auf die des Herrn Wilson.

Die Zukunft der Wirtschaft läßt sich natürlich ohne Kenntnis des Kriegsausgangs mit voller Sicherheit nicht bestimmen. Gegenwärtig ist die Welt wieder einmal voller Friedensillusionen. Unkontrollierbare Hindenburgworte werden kolportiert, und die politischen Auswirkungen der bisherigen deutschen Waffenerfolge im Westen maßlos überwertet. In Wahrheit läßt sich das Kriegsende heute noch genau so wenig absehen, wie am 21. März; dazu bedürfte es noch ganz anderer Schläge und Erfolge. Man kann sich deshalb den Ausgang des Krieges und die Friedensbedingungen noch nicht recht vorstellen. Wenn z. B. Dernburg im Berliner Tageblatt die Möglichkeit erörtert, daß der Friede eine internationale Weltorganisation bringt, die alle Rohstoffe nach Bedürfnis und Gerechtigkeit auf die einzelnen Länder verteilt. Aber viel wahrscheinlicher ist doch, daß wie jetzt auch nach dem Krieg jeder zunächst selbst satt zu werden sucht und nur den Ueberschuß im Austausch abgibt. Dann haben wir noch — und vielleicht in jedem Falle — Jahre äußerster Knappheit an Lebensmitteln, Faserstoffen, Gummi, Spermetall usw. vor uns. Nur strengste staatliche Organisation des ganzen Außenhandels und der gesamten Einfuhr, nur planmäßige Verteilung der knappen vorhandenen Mengen kann dann maßlose Preistreibereien und Wirtschaftskrisen verhindern, die sozial — und politisch verheerend wirken müßten.

Der Sozialdemokratie ist die Richtung vorgeschrieben. Scheidemanns meisterhaftes Würzburger Referat erledigt für uns diese Fragen grundsätzlich: Wir stehen für die Staatswirtschaft gegen die „Freiheit", gegen Willkür und Anarchie des Privatkapitals.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

162. Sitzung, Dienstag, 18. Juni, vorm. 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Drews, Hergt.

Der Gesetzentwurf über die Dortmunder Stadterweiterung wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Eisenbahnfahrkarten bei Dienstreisen der Staatsbeamten sieht eine Erhöhung der Kilometergelder vor. Der Ausschuß beantragt nur 75 Millionen zu bewilligen, ein freikonservativer Antrag nur 50 Millionen.

Finanzminister Dr. Hergt: Die Regierung kann einer Erhöhung des Grundkapitals um mehr als 50 Millionen nicht zustimmen, sie wollte [illegible] die nötigen Mittel auf anderem Wege [illegible]

Ablehnung [illegible] angenommen.

Darauf wird die Beratung des

Ministeriums des Innern

fortgesetzt.

Abg. Linz (Zentr.): Die Auffassung des Ministers über die Grenzen der politischen Betätigung der Beamten halte ich für korrekt. Im allgemeinen wünschen wir keine schärfere Handhabung der Polizei, namentlich nicht gegenüber der Jugend. Der Redner verbreitet sich dann, im einzelnen unverständlich, über die Grundsätze der Verfassungsreform.

Abg. Braun (Soz.):

Verschiedene Redner haben geklagt, daß unsere öffentliche Sicherheit immer mehr im Schwinden ist. Tatsächlich sehen wir einen erschreckenden Zustand der öffentlichen Moral. Es wird hingewiesen auf die zahllosen Eisenbahndiebstähle und auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen. Nach einer amtlichen Statistik sind in Preußen vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. November 1917 nicht weniger als 487 726 Vergehen gegen die Lebensmittelvorschriften abgeurteilt worden, wobei nur die allerwenigsten Sünder gegriffen werden. Der Anreiz des Erwerbssinns ist durch den Krieg in einem Maße gefördert worden, daß die Gewinnsucht sich über alle Schranken hinwegsetzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf allen Gebieten herrscht der Wucher. Eine betrügerische Kriegsgewinnmacherei wie bei den Daimlerwerken ist keine Ausnahme. Selbst öffentliche Körperschaften haben sich dem Drang nach dem Verdienen nicht entziehen können. Die Sucht nach Profit hat alle Volkskreise ergriff und setzt sich über alle Schranken hinweg. Die Verbrechen zeigen die verwildernde Wirkung des Krieges, den gewisse Phantasten ein Stahlbad und einen Jungbrunnen nannten. Opfersinn und Vaterlandsliebe sind heute vielleicht nur noch draußen im Schützengraben anzutreffen, aber schon in der Etappe hebt die Gewinnsucht das Haupt um sich mit jedem Meter Entfernung zur abstoßendsten Profitgier zu verstärken. Solange der Krieg dauert, wird das nur immer schlechter werden. Wenn dazu noch die kriegsverlängernde wüste Propaganda der Vaterlandspartei kommt und die Ablehnung des gleichen Wahlrechts, **dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in den arbeitenden Massen die Erbitterung angehäuft wird, die im Januar in dem großen Streik zum Ausbruch kam.** Als ich im Ausschuß über den Streik sprach, wurde der Presse verboten, meine Ausführungen wiederzugeben.

Die

Zensur

wirkt geradezu wie ein Zwang zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei, indem man Tatsachen unterdrückt, täuscht man die Oeffentlichkeit. Medizinischen Fachblättern wurde die Aufnahme von Artikeln des Salvarsangegners Dr. Dreuw verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Einer Zeitung für naturgemäße Heilweise ist der Abdruck einer Petition verboten worden, die in einer Reihe großer Tageszeitungen bereits erschienen war und die sich gegen eine Bestimmung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten richtete. Irgend ein Zensurleutnant bei irgend einem Generalkommando fängt plötzlich an, die Wissenschaft zu korrigieren. Das Oberkommando in den Marken hat am 2. März 1918 die Veröffentlichung von Quittungen über Geldsendungen von Heeresangehörigen zur Förderung politischer Zwecke verboten. Es soll eben der Eindruck von der Stimmung an der Front, den uns kürzlich Graf Spee suggerieren wollte, nicht durch Quittungen gestört werden, die beweisen, wie viele Soldaten aus dem Felde zu dem sozialdemokratischen Fonds zur Förderung des Friedens und des Kampfs für das gleiche Wahlrecht beitragen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der kommandierende General in Stettin scheint durchaus von alldeutsch-konservativem Parteifanatismus befangen zu sein. Der Stettiner Volksbote hat darunter außerordentlich zu leiden. Er wurde für drei Tage verboten wegen eines Artikels, der in zahlreichen Zeitungen ungehindert abgedruckt worden ist. Wegen einer aus der Kölnischen Zeitung abgedruckten Notiz über die deutsche Prinzenaussuhr wurde das Blatt abermals verboten, **weil es die monarchische Auffassung schwer verletzt habe.** Und als das Blatt nunmehr erklärte, es werde in Zukunft noch vorsichtiger sein müssen und die Leser aufforderte, dem Blatte treu zu bleiben, wurde das Blatt unter Vorzensur gestellt. Alles, was der konservativen Partei, der Vaterlandspartei und den Annexionisten unangenehm ist, wird dort herausgestrichen. Der Redner führt einige Beispiele dafür an. Auf der andern Seite darf in der konservativen Presse Scheidemann eine wohlgezielte Kugel gewünscht und dürfen in der Kreuzztg. die Arbeitermassen, die das gleiche Wahlrecht haben wollen, dem Gesindel gleichgestellt werden. In Königsberg verwarnt der alldeutsch-nationalliberale Zensor unsern Parteiredakteur, wenn er die Allgemeine Zeitung zu sehr angreife, zu der der Zensor nicht nur in politischen, sondern auch in sonstigen Beziehungen steht. Und schließlich wurde das Blatt wegen eines Artikels gegen die nationalliberalen Pluralwahlrechtsmacher auf drei Tage verboten. Das Verbot wurde auch darauf gestützt, daß das Blatt eine Aufforderung veröffentlicht halte, der sozialdemokratischen Partei der Vaterlandspartei zum Trotz beizutreten. (Hört, hört! links.) Die Vaterlandspartei kann sich auch allen anderen politischen Richtungen gegenüber die weitestgehenden Verdächtigungen erlauben; sie kann die Anhänger des Verständigungsfriedens als mit anglo-amerikanischem Gelde bestochen hinstellen. Immer wieder kehrt diese infame Verleumdung wieder. In konservativen Werbeschriften aber wird gar noch behauptet, bei uns werde nach den Wünschen der Sozialdemokratie regiert! (Lachen links.)

Was die politische Betätigung der Beamten anbelangt, so sind wir natürlich für vollkommene Freiheit der Beamten in dieser Beziehung. Wir können uns daher sogar den gegen den Mißbrauch der Dienstgewalt zugunsten der Vaterlandspartei gerichteten Erlaß des Ministers nicht ganz zu eigen machen. Wir halten die ganze Einrichtung der politischen Beamten für eine sehr unglückliche.

Auf dem Gebiete des **Vereins- und Versammlungsrechts** sind in der ersten Zeit des Krieges die kleinlichen polizeilichen Schikanen etwas zurückgetreten, aber mehr und mehr treten sie wieder auf. Ein vertraulicher Erlaß des Regierungspräsidenten in Oppeln spricht von der Verdetätigkeit der „sozialdemokratischen" Bergarbeiterverbände und der polnischen Berufsvereinigung. Es wird gesagt, es sei zweifelhaft, ob man jetzt gegen die sozialdemokratischen Organisationen vorgehen solle, bei der polnischen Vereinigung [illegible] Vorgehen geboten. Ein Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Verbände halte der Minister zur Zeit nicht für ratsam, besonders solle möglichst von Strafverfolgungen abgesehen werden, um nicht jetzt einen gerichtlichen Austrag herbeizuführen. (Hört, hört! b. d. Soz. und Polen.) Die Kriegervereine sind jetzt bestrebt, die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten einzufangen; sie suchen das verlorene Gelände zurückzugewinnen und die Hilfe der Behörden dafür zu erlangen. Zwar hat man den Ausschluß der Sozialdemokraten aufgehoben, aber man hat eine Formel gefunden, mit der man in Zukunft alle sozialdemokratischen Mitglieder doch wieder ausschließen kann und wird. Die Kriegervereine werden und sollen in Zukunft Sturmkolonnen der konservativen Partei sein. Zu Versammlungen der Vaterlandspartei aber werden die Soldaten kompanieweise kommandiert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Polizeiverwaltung in Ragnit in Ostpreußen verlangte zur Genehmigung einer sozialdemokratischen Versammlung über Verständigungsfrieden, Wahlrecht und Sozialdemokratie die Einreichung des Manuskripts der Rede. An diesem wurden dann Aenderungen und Streichungen vorgenommen und schließlich wurde zwar die Versammlung genehmigt, aber die Verbreitung von Einladungen dazu verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Oberschlesien werden zwar Vereinsversammlungen gestattet, aber politische Angelegenheiten dürfen nicht besprochen werden. Oeffentliche Wahlrechtsversammlungen werden vielfach verboten, ich selbst durfte vor 8 Tagen in Magdeburg nicht über die Wahlrechtsfrage sprechen. So manche Organe der Regierung lassen sich zu willenlosen Handlangern der militärischen Willkürherrschaft herabwürdigen. Diese empörenden Vorgänge erregen eine Erbitterung, die für unser Vaterland die größte Gefahr bedeutet. Das Gefühl der Rechtlosigkeit wird dadurch immer mehr und mehr vergrößert. Vor einiger Zeit sagte v. Oldenburg: Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, haben wir den Krieg verloren. Das Dreiklassenhystem steht den Junkern viel höher als das Vaterland; sie würden lieber eine Niederlage im Krieg in den Kauf nehmen, als daß das Dreiklassenwahlrecht beseitigt wird. Auch vor 100 Jahren erklärte ein preußischer Junker: Lieber 10 Schlachten von Jena als ein Oktoberedikt (das die preußischen Bauern von der Leibeigenschaft befreite). Das von Ihnen beschlossene Wahlrecht ist praktisch undurchführbar. Sie benutzen es als demagogischen Wahltrick, mit dem Sie glauben, bei der bevorstehenden Neuwahl Geschäfte machen zu können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) **Ich fordere die Regierung auf, durch baldigste Auflösung des Hauses dafür zu sorgen, daß die große Mehrheit des Volkes ihren Willen zum Ausdruck bringen kann. Die dumpfe Ruhe im Volke kann sehr leicht in verzweifelte Ausbrüche umschlagen.** Muten Sie dem Volke nicht zuviel zu. Seien sie gewarnt; die Regierung und diejenigen, die ihre Vorherrschaft und Kapitalinteressen über das Wohl des Landes und des Volkes setzen. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Graf **v. Schwerin-Löwitz** rügt die Worte des Vorredners, daß seine Ausführungen im Ausschuß dem Oberkommando durch einen Spitzel übermittelt worden seien. Dies sei eine schwere Beleidigung entweder von Abgeordneten oder von Regierungsvertretern.

Minister des Innern Dr. **Drews**: Die Zensur liegt nicht in der Hand der Zivilbehörden, sondern ausschließlich der Militärbehörden. Ich habe keinen Einfluß darauf. Beschwerden gehören in den Reichstag vor den Kriegsminister. Der Minister bespricht dann die Regelung des Versammlungswesens im Kriege. Oeffentliche politische Versammlungen werden in der Kriegszeit überhaupt nicht zugelassen. Das ist auch berechtigt. Würden Ausnahmen für einzelne Parteien gemacht, so würden sich andere Parteien darauf berufen. (Zurufe: Vaterlandspartei! Ostmarken-Verein!) Kleinlicher Polizeigeist sollte vermieden werden. Vor Wahlen werden öffentliche Versammlungen zugelassen. Die Presse wendet den Erlassen aus dem Ministerium des Innern erneute Aufmerksamkeit zu. Sie drückt sie trotz des Papiermangels ab. Meine Briefe haben die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, aber man beachtet dabei die Zusammenhänge nicht. Die Organisationen der Kriegsbeschädigten leiden an Zersplitterung. Ich habe den Eindruck, daß der Reichsbund parteipolitische Zwecke verfolgt und die Kriegsteilnehmer in des sozialdemokratische Lager leiten will. Eine Bevorzugung irgendwiener Organisation findet nicht statt. Es ist falsch, bei dem Lobe unseres Volkes einzelne Volkskreise herauszuheben. Alle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180619-15/fragment/page=0001

reich und arm, tragen zur Erhaltung des Vaterlandes bei. Wenn dieser Opfersinn in die Friedenszeit hinüberreicht, werden wir allen Gefahren mit Zuversicht entgegensehen können. (Beifall.)

Abg. **Lüdicke** (Freisons) dankt den Beamten für ihre aufopfernde Tätigkeit und fordert Erhöhung der Dienstaufwandgelder der Landräte. Mit der Vereinfachung der Verwaltung muß fortgefahren werden. Die Frage des Ausscheidens von Städten aus den Landkreisen ist einheitlich zu regeln. **Auch die Frage Groß-Berlin muß endlich ins Reine gebracht werden. Die Vaterlandspartei ist gegründet worden aus Erbitterung über die Friedensentschließung des Reichstags.** (Lachen links.) **Der Staatsregierung gebührt Anerkennung dafür, daß sie die Verhandlungen mit den Streikenden im Januar abbrach.**

Abg. **Cassel** (F. Vp.): **Auch den Beamten muß das gleiche Recht wie anderen Staatsbürgern zustehen. Wir hoffen, daß sie in Zukunft auch nicht konservative Auffassungen vertreten dürfen und nicht verfolgt werden. Beamte, die politische Entscheidungen zu treffen haben, müssen Zurückhaltung üben.** Die Landräte sollten in größerem Maße Ausführerlaubnis für gewisse Lebensmittel erteilen. Bei der Zensur vermissen wir noch immer die Gleichheit aller vor dem Gesetz. **Wir billigen die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums im Osten, soweit sie auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Die Angriffe des Herrn von Liebert gegen den Reichstag sind der Gipfel der Verstiegenheit. Das deutsche Volk steht in seiner gewaltigen Mehrheit hinter der Reichstagsentschließung.**

Eine Erweiterung der Selbstverwaltung ist notwendig.

Minister des Innern Dr. **Drews**: Bei der Konfiszkto-Feier sind Szenen **vorgekommen**, die die deutsche Bevölkerung tief verletzt haben. **Die Folge ist, daß von der lauen Handhabung der bestehenden Verordnungen abgesehen werden muß, und daß jetzt solche Feiern nicht mehr geduldet werden.**

Abg. **Hoffmann** (U. Soz.): Es ist vielfach ausgesprochen worden, daß die Wahlrechtsvorlage erst nach dem Kriege hätte eingebracht werden sollen; es könne heute nur eine Frühgeburt werden. **Nachdem die** Rechte das arme Kind in vier Lesungen zum Krüppel gemacht hat, wird es dem Herrenhause überantwortet, damit es dort den Gnadenstoß erhält. Von der Regierung ist nichts zu erwarten, selbst wenn die Herren Drews und Friedberg möchten, so sind sie doch keine Ueberwinder. Die Linke besteht in der Hauptsache nur aus schwankenden schlotternden Gestalten, warum sollte die Rechte nicht mit aller Rücksichtslosigkeit verfahren? Herr von Kardorf hat recht: geht die jetzige Wahlreform in die Brüche, so wird die nächste eine bessere sein. Allerdings von der Durchhalterei der Regierungssozialisten, die beinahe an Zuhälterei grenzt, ist nichts zu erwarten; sie machen mit ihrem Kriegserlaßvorwärts Politik nach dem Rezept Bülowblock. Die Massen werden wieder zu unserer grundsätzlichen Politik zurückkehren, und wenn auf die Wahlen in Zwickau und Niederbarnim verwiesen wird, so können wir uns damit trösten, daß jede Vorwärtsbewegung auch Rückschläge zu verzeichnen hat. Wenn das Wort, daß es keine Parteien mehr geben solle, jemals ernst genommen worden wäre, so hätten die Akten der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums vernichtet werden müssen. Statt dessen ist diese Abteilung während des Krieges noch weiter ausgebaut worden. Das ist der Erfolg der Politik der Regierungssozialisten, die nach den Worten Wendels vor einem Scherbenhaufen steht, die durch ihre Verräterdienste daran schuld sind, daß sich heute noch Millionen für die herrschenden Klassen abschlachten und zum Krüppel machen lassen müssen. (Zuruf b. d. Soz.: Büchsinn!) Es wird immer auf die Gefahr der Invasion verwiesen. Wir haben nichts zu verlieren, können nur gewinnen. Die Nichteinhaltung der Königsworte von 1813 und 1848 zeigt dem Volke, daß es auch diesmal nichts zu erwarten hat, wenn die Junker nicht wollen. Die Minister sind noch ebenso unverantwortlich wie damals. Aber die Volksvertreter haben dem König Treue und Gehorsam geschworen. (Ruf rechts: Sie auch!) Jawohl, über so ein Stückchen Papier stolpere ich nicht. Uebrigens halte ich den Eid besser als Sie! (Hört, hört!) Denn man kann den beste Freund des Königs dadurch sein, daß man die Wahrheit sagt. (Zuruf: Ab. Hoffmann, der beste Freund des Königs!) Der nicht enden wollende Krieg und der Hunger treiben das Volk zur Verzweiflung. Das Geld hat keinen Wert mehr, die Kuh gibt in nur zwei Liter Milch, um so mehr Butter ist im Schleichhandel für 25 bis 30 M. das Pfund.

480 Offiziere sitzen im Kriegspressequartier, um die Zeitungen mit Verblödungsmaterial vollzustopfen. Hindenburg und Ludendorff verfügen über Parlament, Politik und Presse. Die Welt muß glauben, daß Treu und Glauben in Deutschland außer Kurs gesetzt sind. Sind denn die Völker Helaten, daß sie alles hinnehmen müssen wie stumme Hunde? Tut denn der Herr Tirpitz das? Nur alle sozialistische Opposition wird niedergeschlagen. Die Streikenden im Januar traten ein für Deutschlands Ehre und Zukunft.

Die Beschuldigung, Auslandsgelder zu bekommen, weisen wir mit Entrüstung zurück. Sie bringen unsere Aufstände immer näher denjenigen des alten Rußlands. Beim Streik hat man die Arbeiter auf die Straße vor die Söbel und Browningen getrieben. Den ersten Schuß im Treptowpark hat ein gewisser Gutschmied aus Baumschulenweg, Bruder des Assessors am dortigen Amt abgegeben. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Als das Generalkommando Münster mit den Gewerkschaften zusammen die „grüne Broschüre" herausgab, wies ein Oberleutnant darauf hin, daß man doch die Gewerkschafter öfter reklamiert habe. Ich sollte ein Vorwort zu einer anti-englischen Hetzbroschüre Erdmanns liefern: einer hat ja das dann auch gemacht und sich dadurch selber verewigt. Ich habe über diesen Bestechungsversuch eine Broschüre geschrieben. (Abg. Stöbel lest sie auf den Tisch des Hauses.) Beim Streik hat die Polizei sogar den Musterpatrioten, Revolutionär in Filzpatschen und eigentlich heimlichen Ehrenmitglied aller vaterländischen Jungfrauenvereine, Philipp Scheidemann, roh angefallen. Aehnlich ging es dem Durchhalter Abg. Otto Wels. Bei dem damaligen Vorgehen der als Schutzleute verkleideten Unteroffiziere war überhaupt die Ueberlegenheit der Arbeiter, die sie ihre Schutzgeduld nicht verlieren ließ, zu bewundern. In unserem Mitteilungsblatt wirtschaften die Zensuroffiziere wie ein gewisses Tier im Porzellanladen. Ueber einen jungen Mann, der einem Soldaten ein Exemplar des freireligiösen Katechismus aushändigte, wurde Aufenthaltsbeschränkung verhängt, weil er die Sicherheit des Reiches gefährde.

Ein Buch nach Stockholm wurde mir wiederholt verweigert, weil gegen mich ein Verfahren wegen Landesverrats schweben sollte. Ueber dieses war lange nichts zu erfahren und nachdem es längst eingestellt war, wurde es noch immer vorgeschützt. Treiben Sie es zur Weltrevolution, dann wird es klar sein, wer schuld daran ist! (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Nach der dreieinhalbstündigen Rede Hoffmanns wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 8¼ Uhr.

Vorschlag zur Friedensvermittelung.

Aus dem Haag wird dem Vorwärts gemeldet: **Die holländischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung der drei Parlamentsabgeordneten Dresselhuys, Koolen und Rüttgers über eine Friedensvermittelung der holländischen Regierung. Die Abgeordneten glauben aus Erklärungen jeder der kriegführenden Parteien schließen zu dürfen, daß jede zu einer Verständigung zum Frieden bereit ist, aber die Bereitschaft der Gegenpartei bezweifelt. Die Abgeordneten regen an, die niederländische Regierung solle die kriegführenden Regierungen fragen, ob ihre Voraussetzung richtig ist.**

Den Annalen des Weltkrieges ist manches Blatt eingeheftet, das von den Hoffnungen der Völker auf eine entscheidend vermittelnde Aktion zum Frieden zeugt. Der Pazifismus hat aber gerade in dieser Hoffnung die herbsten Enttäuschungen geerntet. Vielleicht lassen aber jetzt die Ereignisse in Frankreich eher ein Entgegenkommen erwarten.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 18. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Die Schlacht in Venezien nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Freiherr von Wurm gewann an zahlreichen Stellen Raum; ihr Südflügel erreichte in zähen Kämpfen den Kanal Fojedba. Generaloberst Erzherzog Josef baute seine Erfolge im Montellogelände aus. Italienische Gegenstöße scheiterten. An drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kaliber. Beiderseits der Brenta rannte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere englische Angriffe. Die Zahl der Gefangenen ist auf 30000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf mehr als 120. Die Beute an Minenwerfern und Maschinengewehren sowie sonstiger Kriegsmittel ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabes.

Der [illegible]

wtb. Berlin, 18. Jun.. Sperrgebiet d[illegible]meere. haben unsere U-Boote sechs Dampfer und vier Segler von zusammen 24 500 Tonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 18. Juni. (Reuter.) Die Admiralität meldet: Der **Hilfskreuzer Patria** wurde am 13. Juni durch ein deutsches Unterseeboot **torpediert und versenkt.** Ein Offizier und 15 Mann der Handelsmarinemannschaft werden vermißt und sind wahrscheinlich ertrunken.

Die Schlacht an der italienischen Front.

Haag, 18. Juni. Die Morning Post meldet aus Turin: Die gesamte italienische Front ist in eine einzige hin und her wogende Kampflinie verändert worden. Ueber die Aussichten des gewaltigen Ringens ist bislang wenig zu sagen. An manchen Plätzen haben die Oesterreicher die dritten Stellungen der Italiener durchbrochen, doch behaupten unsere Verbündeten an anderen Stellen vielfach noch ihre ersten Stellungen. Der Gegner scheint bedeutende Mengen Artillerie aus Rußland herangeschafft zu haben, da die Feuertätigkeit äußerst schwer ist. Aus Mailand wird gemeldet, daß dort der Kanonendonner morgens gut hörbar ist.

Schweizer Grenze, 18. Juni. Der italienische Mitarbeiter der Neuen Züricher Zeitung bestätigt den tiefen Eindruck, den der Beginn der Offensive auf Parlament und Volk in Italien gemacht hat. Zu der unter diesem Eindruck erfolgten Verbrüderung der Sozialisten sagt er u. a. noch: „Das Verhalten der oppositionellen Sozialisten, die noch mehr als drei Kriegsjahren erbitterter Opposition zum erstenmal dem Kriege ein Zugeständnis machen, veranschaulicht deutlich genug den Ernst der Stunde. Es geht ums Ganze, beim Angreifer wie beim Verteidiger. Ein neuer Zusammenbruch der italienischen Front, darüber gebe man sich keinen Täuschungen hin, wäre ein nationales Unglück, von Folgen begleitet, an die man gar nicht zu denken wagte. Vor dieser Erkenntnis haben die Sozialisten kapituliert. Sie haben ihre Opposition gegen den Krieg weitergetrieben als die Sozialisten in anderen kriegführenden Ländern, aber als es galt, zwischen Doktrin und Selbsterhaltung zu wählen, entschied die Vernunft."

Holländische Friedensvorbereitungen.

Die holländische Regierung hat das Hotel des Indes im Haag angekauft. Zuerst wurde angenommen, daß eines der vielen durch den Krieg notwendig gewordenen Regierungsämter in diesem Hotel errichtet werden solle; jetzt stellt sich heraus, daß die Regierung das Hotel als solches weiterzuführen gedenkt. Als Grund verlautet, daß bei einer eventuellen Friedenskonferenz im Haag die holländische Regierung in der Lage sein will, die fremden Unterhändler gut unterzubringen.

Bevorstehende Auseinandersetzungen in der französischen Kammer.

Bern, 18. Juni. Laut Progres de Lyon hat der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten einmütig die Notwendigkeit erkannt, daß die Regierung in kürzester Frist vor der Kammer **die allgemeinen politischen Richtlinien**, die sie zu befolgen gedenkt, darlege. Franklin Bouillon wurde beauftragt, sich darüber mit Pichon ins Benehmen zu setzen. **Humanite erwartet eine eingehende Kammerdebatte.**

Wachsender Druck auf Clemenceau.

Genf, 18. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß Clemenceau unter dem Druck der erregten Stimmung der sozialistischen Parteien der gesamten Arbeiterschaft auf Wunsch des Präsidenten Poincare den sozialistischen Führern den Eintritt in das Ministerium anbot. Seine Bemühungen blieben jedoch erfolglos, da die Sozialisten einmütig erklärten, bei der gegenwärigen Lage keine Verantwortung übernehmen zu können.

Die Auslandssozialisten und der Kongreß der Labour Party.

Auf dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei, der vom 26. bis 28. Juni in London stattfindet, werden die französischen Sozialisten durch **Thomas, Renaudel und Longuet**, die **belgischen durch Vandervelde und Camille Huysmans** vertreten sein, die schwedischen durch **Branting**. Die von englischer Seite betriebene Agitation gegen die Reise Troelstras nach England nimmt wie der Vossischen Zeitung berichtet wird, dauernd zu. Scheidemann ist von seiner Besprechung mit Troelstra im Haag bereits wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Kriegsallerlei.

Haag, 18. Juni. Zur Landung eines französischen Fliegers bei Vlissingen wird noch gemeldet: Das Flugzeug wurde von dem niederländischen Fort de Rolle bei Vlissingen von niederländischem Militär beschossen, worauf es auf dem dortigen Flugplatz landete. Bei Anlassen des französischen Flugzeuges, dessen einer Offizier ist, [illegible] interniert.

Bern, 17. Juni. Progres de Lyon meldet: Am 13. Juni wurde Boulogne von deutschen Flugzeugen verschiedentlich angegriffen. Ein Wasserflugzeug warf bei einem Angriff auf zwei Stadtviertel 8 Bomben ab. Ein Stadtviertel wurde besonders getroffen, 11 Personen wurden getötet; sehr beträchtlicher Sachschaden.

Kiew, 17. Juni. Die Donkosaken haben die Station Morajowskaja in Richtung Zarizin eingenommen.

Genf, 18. Juni. Das Journal de Geneve meldet: Der Verteidigungsausschuß von Paris habe beschlossen, die Bevölkerung der Vorstädte von Paris fortzuschaffen und sie nach dem mittleren und südlichen Frankreich abzuschieben, wo ihr Wohnstätten zur Verfügung gestellt werden. Auch sei beabsichtigt, die hauptstädtische Bevölkerung im Laufe des Monats Juli allmählich zu evakuieren. Homme libre und Matin erörtern die Möglichkeit der Belagerung von Paris und fordern die Räumung der Stadt. Dagegen verlangt die Victoire die Verteidigung von Paris.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

wtb. **Berlin**, 13. Juni. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Unser Vertreter hatte in diesen Tagen Gelegenheit, den Hetman der Kaukasischen und Militärataman der Uitrachener Kosaken, Oberst Fürst Tundutow, der sich auf der Durchreise einige Tage in Berlin aufhält, zu sprechen. Fürst Tundutow stand vor dem Kriege bei den russischen Gardehusaren. In den Tagen vor Kriegsausbruch war Fürst Tundutow als Verbindungsoffizier zum Chef des Generalstabes des Generals Januschkewitsch kommandiert. In dieser Eigenschaft hat er die schwerwiegenden weltgeschichtlichen Ereignisse jener Tage aus nächster Nähe mit angesehen. Er erzählte hierüber folgendes: In jener Nacht, als der Zar den General Januschkewitsch antelephonierte und von ihm die Rückgängigmachung der Mobilmachung verlangte, hielt ich mich im Nebenzimmer des Arbeitszimmers auf und konnte alle Vorgänge genau verfolgen. Es war dies der Tag, an dem nachmittags das bekannte Gespräch des Generalstabschefs mit dem deutschen Militärbevollmächtigten, Major Eggeling, stattgefunden hat, also am 16. Juli alten Stils (29. Juli neuen Stils). Nach dem Gespräch des Zaren mit Januschkewitsch, der den Auftrag erhalten hatte, die Mobilmachung rückgängig zu machen, sprach dieser meines Erinnerns telephonisch zunächst mit dem ihm nahe befreundeten Sasanow. Gleich darauf rief er nochmals den Zaren an und teilte ihm mit, die Rücknahme des Mobilmachungsbefehls sei nicht mehr möglich, und er sei bereits herausgegeben. Die Truppen hätten ihn erhalten. Alles sei im Gange und die Mobilmachung nicht mehr aufzuhalten. Ich hörte deutlich die helle, klare Stimme des Generals. Das, was er dem Zaren sagte, war gelogen. Vor ihm auf dem Tisch lag noch der unterschriebene Mobilmachungsbefehl, den er nun erst, gleich nach dem Gespräch mit dem Zaren, herausgab.

Auf die Frage, ob es sich nur um einen Teil- oder Gesamtmobilmachungsbefehl gehandelt habe, sagte Fürst Tundutow: Nein, es handelt sich um einen Mobilmachungsbefehl für das ganze russische Heer in Europa und Sibirien. General Januschkewitsch ist nach Meinung des Fürsten Tundutow zu dem Entschluß, den Krieg mit allen Mitteln herbeizuführen, in dem Augenblick gekommen, wo er die Ueberzeugung erlangt hatte, daß England sich am Kriege beteiligen würde. Die Entscheidung ist nach seiner Ansicht bereits am 24. Juli neuen Stils in Krasnoje Selo gefallen, am Tage bevor dort die Parade stattfand und Fähnriche zu Offizieren befördert wurden. Später, nach Ausbruch der Revolution, hat der Fürst General Januschkewitsch wieder gesprochen. Der ehemalige Chef des Stabes hat ihm den tatsächlichen Verlauf der Dinge, wie er aus dem Suchomlinow-Prozeß bekannt ist und wie ihn der Fürst geschildert, erzählt. Fürst Tundutow sagte über dieses Wiedersehen: Januschkewitsch war jetzt gebrochen und stand unter dem Druck der Verhältnisse. Offenbar wurde er von schweren Gewissensbissen verfolgt. Er äußerte, er erkenne jetzt, daß er sich durch seine Kriegsausbruch geläuscht und damals unrichtig gehandelt habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191806 19-15/fragment/page=0002

Die Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich.

Wien, 18. Juni. Einer Abordnung von Sozialdemokraten, die wegen der Kürzung der Brotration für die Wiener Bevölkerung vorstellig wurde, erklärte Ministerpräsident von Seidler, daß von den zivilen, wie von den militärischen Stellen alles nur Erdenkliche unternommen worden sei, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Seit der Erschöpfung der heimischen Vorräte sei Oesterreich auf Zufuhren aus der Ukraine und Bessarabien angewiesen, die jedoch gegenwärtig infolge der Stockung der Aufbringung unbefriedigend seien. Naturgemäß seien sofort alle erforderlichen Einleitungen getroffen, um anderseits Aushilfe zu schaffen, namentlich seitens Deutschlands, das jedoch selbst im gegenwärtigen Zeitpunkt, knapp vor der neuen Ernte genötigt sei, eine Kürzung seiner Brotration vorzunehmen und daher begreiflicherweise mit den eigenen Vorräten haushälterisch umgehen wolle. Gestern abend sei noch der Minister Paul nach Berlin gereist, und es bestehe immerhin die Hoffnung, daß deutscherseits im Sinne der im Mai getroffenen Vereinbarungen gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden. Der Ministerpräsident hoffte, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde. Er versicherte schließlich, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Erfassung der heranreifenden Ernte so rasch als möglich durchzuführen.

Anmerkung von W. T. B.: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ausgeschlossen.

Wien, 17. Juni. In der heutigen Beratung mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien berichtete Bürgermeister Weißkirchner über die Kürzung der Brotration in Wien sowie über seine Vorsprache beim Ministerpräsidenten und Ernährungsminister, die aber ergebnislos geblieben sei. In der anschließenden Debatte wurde das Verlangen gestellt, daß die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege, mit Deutschland insbesondere in der Richtung, daß es, wenn schon nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffeln aushelfe. Auf Antrag des Bürgermeisters wurde die Absendung von Depeschen an den ungarischen Ernährungsminister, an den bayrischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Reichsregierung beschlossen, in den weitere ausreichende Einfuhren von Altkartoffeln, insbesondere aus Bayern, erbeten werden.

Wien, 18. Juni. Die Verkürzung der Brotration hat in der gesamten Monarchie ungeheure Erregung hervorgerufen. Alle Blätter ohne Unterschied der Parteistellung nehmen schärfste Stellung gegen diese Maßnahme und fordern deren beschleunigte Beseitigung und die Heranziehung Deutschlands und Ungarns zu augenblicklicher Hilfeleistung. Der Wiener Arbeiterrat tritt heute um 6 Uhr abends im Eisenbahnerheim zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, in der Beschlüsse schwerwiegendster Natur gefaßt werden dürften. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs richtete einen dringenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats abzuwarten und sich jeder Undisziplinierung und Arbeitsstörung zu enthalten, zugleich gleichzeitig mit, daß der Parteivorstand beschlossen habe, schärfsten Protest gegen die Verkürzung der Brotration einzulegen und jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahme abzulehnen.

Das Wohnungswesen in Preußen.

Das preußische Staatsministerium hat über den Aufgabenkreis des neuen Staatskommissars für das Wohnungswesen in einem Erlaß bestimmt, daß die nachstehend bezeichneten, bisher von verschiedenen Ministerien wahrgenommenen Geschäfte auf dem Gebiete des Wohnungswesens in den Geschäftsbereich des Präsidenten des Staatsministerium übergehen und in dessen ständiger Vertretung vom Staatskommissar für das Wohnungswesen bearbeitet werden.

1. Vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten: die Baupolizei, die Angelegenheiten des Städtebaus, insbesondere Bauordnungs- und Fluchtlinienangelegenheiten, Wohnungswesen, Grundstücksumlegungen, Maßnahmen gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden, der Wiederaufbau Ostpreußens;

2. vom Ministerium des Innern: die Kommunalaufsicht, soweit sie mit dem Wohnungswesen zusammenhängt, die bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorbehaltlich der jeweils erforderlich werdenden Mitarbeit der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern, besonders auch auf dem Gebiete der Wohnungshygiene, die Angelegenheiten der Baugenossenschaften, die Förderung des Beamtenwohnungswesens durch Kreditgesetze, die Angelegenheiten der Mieteinigungsämter;

3. vom Ministerium für Handel und Gewerbe: die Angelegenheiten der Wohnungsaufsicht, die sozialpolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens;

4. vom Finanzministerium: die Federführung bei Erfüllung der Aufgaben, die sich aus Art. 8 des Wohnungsgesetzes ergeben, unter Beteiligung des Finanzministers. Diesem bleibt die Federführung unter Beteiligung des Staatskommissars in den Angelegenheiten der Bildung und erstzeitlichen Beaufsichtigung der Siedlungsgesellschaften, und zwar für jede Siedlungsgesellschaft bis etwa ein Jahr nach der Gründung; im übrigen bleibt die jetzt bestehende Mitwirkung des Finanzministers überall unberührt;

5. vom Ministerium für Landwirtschaft die Bearbeitung der Angelegenheiten des städtischen Grundkredits, insbesondere auch der ausschließlich für den städtischen Grundkredit bestimmten Leihsystemanstalten, ausgenommen die Hypothekenbanken und unbeschadet der dem Minister des Innern verbleibenden Aufsicht über die Deutsche Pfandbriefanstalt und die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer in Posen in politischer Beziehung. Das Landwirtschaftsministerium wirkt bei der Bearbeitung dieser Angelegenheiten mit. Dem Ministerium für Landwirtschaft verbleibt die Bearbeitung der Angelegenheiten der Hypothekenbanken sowie des geplanten Schätzungswesens. Ferner geht über die Aufsicht über das nicht ländliche Siedlungswesen und über die etwa auf dem Gebiet des Bevölkerungsausgleichs zu ergreifenden Maßnahmen.

Im übrigen gelten die in einzelnen Gesetzen vorgesehenen Zuständigkeiten von Ministern insoweit auf den Präsidenten des Staatsministeriums über, als die betreffenden sachlichen Aufgaben nach dem vorstehenden Erlaß jetzt von diesem wahrzunehmen sind.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Kleine Anfrage aus der Kriegsgefangenschaft entflohener deutscher Soldaten.

An das preußische Kriegsministerium hatte der Reichstagsabg. Fritz Marquart eine Anfrage gerichtet, die die deutschen Soldaten betraf, die aus der feindlichen Kriegsgefangenschaft entflohen sind. In vielen Fällen haben diese Soldaten bei der Gefangennahme dem feindlichen Staate ihr Ehrenwort geben müssen, nicht mehr gegen ihn zu kämpfen. Ihr Leben würde gefährdet werden, wenn sie wiederum in die Gewalt des feindlichen Staates gelangten. Das preußische Kriegsministerium hat auf die Anfrage die Antwort gegeben, daß diejenigen wehrpflichtigen Personen, die sich durch Flucht der feindlichen Gewalt entzogen haben, nur auf ihren Wunsch an der Front verwendet werden dürfen; im Uebrigen sind sie, solange der Kriegszustand zwischen Deutschland und dem betreffenden Staate besteht, im Heere nur im Heimats- und Etappengebiet, in den Generalgouvernements und der Militärverwaltung Rumänien zu verwenden. Durch diese Verfügung dürfte Gen. Hochwohlgeboren Wünschen vollkommen Rechnung getragen sein".

Die Domänen und die Siedlungsfrage.

Im Bevölkerungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete Delius im Namen der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei folgenden Antrag zur Siedlungspolitik eingebracht: „Zur Förderung einer erfolgreichen Siedlungspolitik ist die Aufteilung geeigneter Domänen und Großgrundbesitzes für mittlere und kleinere Bauernstellen und Arbeiteransiedelungen erforderlich. Daneben muß bei der Verpachtung von Domänen, soweit als möglich, Pachtland an städtische und ländliche Bewohner abgegeben werden. Die weitere Bildung von Großgrundbesitz und die Gründung und Ausdehnung von Fideikommissen ist zu verhindern."

Die Christlichen gegen Giesberts.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften spricht sich in seiner neuesten Nummer für das gleiche Wahlrecht aus und nimmt dabei gegen einen Führer aus den eigenen Reihen, den Reichstagsabgeordneten Giesberts, Stellung, der für zwei Zusatzstimmen, Alters- und Familienstimme, eintritt. Das Blatt verweist auf eine Entschließung der christlich-nationalen Arbeitertagung in Essen und stellt fest, daß Giesberts zur gleichen Stunde in Saarbrücken in einer Massenversammlung ebenfalls entschieden für das gleiche Wahlrecht eingetreten sei, später aber in einem Berliner Blatte für zwei Zusatzstimmen sich ausgesprochen hat. Das Zentralblatt erklärt: „Wir stellen ausdrücklich fest, daß mit dem unsicheren Verhalten des Kollegen Giesberts in der preußischen Wahlrechtsfrage die christlich-nationale Arbeiterbewegung nichts gemein hat."

Ablehnung des Neunstundentages für Staatsarbeiter in Bremen.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft und die Zahlstelle Bremen des Metallarbeiterverbandes haben schon einige Male Vorstöße mit Anträgen und Eingaben unternommen, um in Bremen für Staatsarbeiter den Neunstundentag durchzudrücken. Aber immer vergebens. In Bremen ist man in sozialpolitischen Dingen sehr rückständig. Vor einiger Zeit hatte die Bürgerschaft auf Antrag unserer Genossen vom Senate über diese Angelegenheit einen Bericht eingefordert. Jetzt erklärt er, auf die Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden (jetzt zehn) nicht eingehen zu können, und begründet das damit, daß während des Krieges zu großer Arbeitermangel sei, als daß dieser Sache jetzt näher getreten werden könnte.

Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes der Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen,

Im Graphischen Vereinshause in Berlin tagt gegenwärtig der Verbandstag der Buchdruckereihilfsarbeiter. In die Zeit der Tagung fällt das 20jährige Jubiläum des Bestehens des Verbandes. Sein letzter Verbandstag fand 1914 in der Friedenszeit statt. Er zeitigte den Beschluß der Einführung eines vollständig veränderten Verbandsstatutes sowie bestimmte Richtlinien zur energischen Inangriffnahme der vom Verband erstrebten Tarifpolitik. Doch der bald darauf ausbrechende Krieg zwang, anfangs daß auch nur einer dieser Beschlüsse ausgeführt werden konnte, die Tätigkeit des Vorstandes und des Verbandes in eine ganz andre Richtung. Das bestehende Statut mußte in bezug auf Unterstützungsrechte der Mitglieder eingeschränkt, in bezug auf ihre Beitragspflichten ausgedehnt werden. Die Arbeitslosenunterstützung wurde gestreckt, um jeden der vielen arbeitslosen Mitglieder etwas geben zu können. Die Krankenunterstützung wurde eingestellt, das Verbandsorgan wurde verkleinert, ein Extrabeitrag wurde eingeführt, und erst später konnte die Krankenunterstützung wieder aufgenommen und das neu beschlossene Statut in Kraft gesetzt werden. Heute nun beschäftigt den Verbandstag wiederum eine Reform der Beitragsstaffeln. Der darin weitestgehende Antrag ist der des Vorstandes, der Staffelbeiträge nach sechs Klassen, und zwar von 40 Pf. bis 1.10 M. pro Woche vorsieht; er wird unterstützt von Anträgen verschiedenen Inhalts ziemlich gleichsteuender Art.

Die fast noch wichtigere Aufgabe des Verbandstages aber ist die Stellungnahme zu den Tarifschwierigkeiten, mit denen der Verband fortgesetzt zu kämpfen hat. Er hat zwar Teuerungszulagen durchgesetzt, was mit der zunehmenden Teuerung ja auch gar nicht mehr zu verwehren war, aber er hat prinzipialseitig das zu beanspruchende und möglich gewesene Entgegenkommen im allgemeinen nicht gefunden. Es ist ganz selbstverständlich, daß in dem Gewerbe der Buchdrucker, das die bestausgebaute Tarifgemeinschaft ist, das Hilfspersonal über kleine Tarifanläge nicht hinausgekommen ist, trotzdem alle Vorbedingungen zu erweiterten Abschlüssen vorhanden sind. Es geht eine tiefgreifende Unzufriedenheit durch die Reihen der Hilfsarbeiterschaft, die ein Anrecht darauf hat, daß auch sie zu ihrem Teil in der Arbeit so anerkannt und entlohnt wird, wie es für die Gehilfen im Gewerbe zu verzeichnen ist. Der außerordentliche Verbandstag wird die Entscheidung in dieser für ihn wichtigsten Frage zu treffen haben, und die gut erhaltene Disziplin der Kollegenschaft dürfte dafür bürgen, daß, wenn auf friedlichem Wege nichts zu erreichen ist, dann auch andre Wege gefunden werden.

Die erwähnten „Sicherungen" und „Streckungen" der Geldmittel führten zu einer Finanzgebarung, daß der Verband heute mit einem besseren Kassenbestand als vor dem Kriege dasteht. Das Verbandsvermögen, das am 1. August 1914 164 000 M. betrug erreichte am Jahresschluß die Höhe von 215 363 M.

Am Sonntag hielt der Verbandstag seine erste Sitzung ab. Die Verbandsvorsitzende Frau Paula Thiede (Berlin), betonte in ihrer Eröffnungsrede, daß die unhaltbare Situation auf dem Tarifgebiet diese Tagung notwendig gemacht habe. Die Arbeitgeber sind nicht zu bewegen, den Hilfsarbeitern entsprechende angemessene Teuerungszulagen zu gewähren. Sie gedachte der im Felde gefallenen Mitglieder, sowie des verstorbenen Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, der bisher auf allen Verbandstagen der Hilfsarbeiter als Vertreter des verwandten Berufs sachkundig mitgewirkt hat.

Gloth (Berlin) begrüßte den Verbandstag im Namen der Berliner Kollegen. Er erinnerte daran, daß der Verband jetzt gerade zwanzig Jahre besteht, und daß er während dieser ganzen Zeit von der Vorsitzenden Paula Thiede mit Umsicht, Sachkenntnis und in steter Hingebung an die Interessen der Kollegen geleitet worden ist, wofür Frau Thiede an dieser Stelle der Dank der Kollegen ausgesprochen werde. Weitere Begrüßungsreden hielten der Vertreter der österreichischen Bruderorganisation, Mühlberger (Wien), der Vertreter des Deutschen Buchbinderverbandes Harder, der Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Haß, der Vertreter des Buchdruckerverbandes, Graßmann.

Frau Paula Thiede, die durch Krankheit verhindert ist, wie sonst die Verhandlungen zu leiten, wurde der Ehrenvorsitz übertragen. Als Vorsitzende des Verbandstages wurden Gloth und Pucher (Berlin) gewählt.

Am Montag begannen die eigentlichen Verhandlungen mit der Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts.

Die Verbandsvorsitzende Paula Thiede (Berlin) gab einen Ueberblick über die Verhältnisse der Organisation während der Kriegsjahre und die Mitgliederbewegung.

Mit der Haltung und der Taktik der Generalkommission hat sich die Verbandsleitung einverstanden erklärt und hierin die Zustimmung des größten Teils der Mitglieder gefunden. Differenzen über Streikfragen, wie sie aus Anlaß der Kriegspolitik in andern Gewerkschaften zutage getreten sind, liegen bei uns nicht vor.

Der Kassierer Lodahl (Berlin) bezeichnete die finanzielle Lage des Verbandes als befriedigend. Der Kassenbestand erlitt im ersten Kriegsjahre infolge großer Unterstützungsausgaben gewisse Erschütterungen. Durch Einführung von Extrabeiträgen trat jedoch eine Besserung ein, derart, daß das Verbandsvermögen, welches am 1. August 1914 164 000 M. betrug, und bald danach auf 115 000 M. gefallen war, am Schluß des Jahres 1917 auf 215 363 M. gestiegen ist. In den Jahren 1914 bis Ende 1917 wurden ausgegeben für Arbeitslosenunterstützung 208 772 M. Davon kommen auf das erste Kriegsjahr 159 819 Mark, auf das zweite 38 632 M., das dritte 8811 M. und das vierte 3509 M. Die Krankenunterstützung erforderte in den vier Jahren 97 529 M., die Kriegsunterstützung 70 021 M., die Streikunterstützung 2064 M., die Gemaßregeltenunterstützung 148 M.

Gegen die Tätigkeit des Vorstandes wurden keine Einwendungen erhoben. Ein Redner wünschte, daß die gefernten Arbeiter mehr für die Organisierung der Hilfsarbeiter tun sollten. Darauf entgegnete Graßmann als Vertreter des Buchdruckerverbandes, daß seine Organisation seit jeher die gewerkschaftliche Schulung der Hilfsarbeiter zu fördern suche, was aber manchmal durch das Verhalten der Hilfsarbeiter erschwert werde. In ähnlichem Sinne sprach auch Haß als Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker. Hauptsächlich drehte sich die Diskussion um mehrere Anträge, welche statt des achttägigen ein vierzehntägiges Erscheinen des Verbandsorgans fordern. Für die Anträge wurden Sparsamkeitsrücksichten geltend gemacht, während auf der andern Seite betont wurde, daß jede Einschränkung des Blattes die Interessen der Organisation gefährden müsse. Einer Kommission wurde die Berechnung der Herstellungskosten des Blattes übertragen und die Beschlußfassung über die Anträge ausgesetzt.

Dem Verbandsvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Gewerkschaftliches.

Selbstmord eines ungetreuen Kassierers.

Der Zentralkassierer des Deutschen Böttcherverbandes, Ernst Thierfelder in Bremen, hat sich am 14. Juni durch einen Schuß das Leben genommen. Die Beweggründe zu der Tat sind darin zu suchen, daß er seiner Organisation große Summen veruntreute, was jetzt herausgekommen ist. Thierfelder war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats des Bremer Konsumvereins Vorwärts.

Aus aller Welt.

Ein Raubmord. Gleiwitz, 17. Juni. Ein Frauenmord, der im benachbarten Koslower Wald verübt wurde, rief hier große Erregung hervor. Die zwanzigjährige Arbeiterin Hassa wurde mit durchschnittenem Halse aufgefunden. Der Wochenlohn, den sie bei sich trug, fehlte. Anscheinend liegt Raubmord vor. Der mutmaßliche Täter wurde bereits verhaftet.

Vermischtes.

Aus der Hofhaltung einer Prinzeß stammt folgender Brief an einen Münchner Metzgermeister: „Sehr geehrter Herr! Werde Ihnen die uns extra zugewiesenen fünf Pfund Fleisch, die wir für die extra Einladungen wöchentlich erhalten, wegen der Markenabrechnung von jetzt an bei Ihnen ganz nehmen. München, 1. Juni 1918. Hochachtungsvoll X. X., Hoflüchenchef." Die M. Post bemerkt dazu: Wer hat dieser Hofhaltung für ihre „extra Einladungen" wöchentlich fünf Pfund Fleisch extra zugewiesen? Darüber erbitten wir uns ebenso höflich als bestimmt eine unzweideutige Antwort.

Der Geburtenrückgang in England. Reuter meldet aus London: Der Chef der Registratur erklärte: Der Geburtenrückgang beträgt im Vergleich zu den Geburtenziffern des Jahres 1913 1,63 Prozent. Wenn auch dieser Geburtenrückgang ernst sei, sei er doch weitaus geringer, als der in Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Graupen. Von Donnerstag an auf Marke 188 des Warenbezugsscheines 16 für jede Person 1/4 Pfd.

Eier. Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 47 001—52 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 52 001—57 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück zum Preise von 33 Pfennig.

Backpulver. Donnerstag, vorm. 8—12 Uhr: Nr. 47 001—52 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 52 001—57 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Paket zum Preise von 10 Pf.

Grünkernmehl. Donnerstag vormittags 8—12 Uhr Nr. 37 001 bis 55 000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 55 001—74 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule auf Abschnitt F der besonderen Warenbezugskarte für Personen über 70 Jahre. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 45 Pf.

Quark. Am Donnerstag auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Rincke, Goethestraße 13, Rolk, Humboldtstraße 48, Köstschke, Brandenburger Straße 10 und Köstschke Wielandstraße 30. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 37 Pfg. Zugelassen sind die neuen Lebensmittelscheine Nr. 60 001—67 000, außerdem auch diejenigen Haushaltungen dieser Lebensmittelscheine, die auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheins für Molkereierzeugnisse bisher weder Quark, noch Magermilch erhalten haben.

Magermilch. Am Donnerstag von nachmittags 4 Uhr an auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheines über Molkereiprzeugnisse bei den Milchhändlern Jeckich, Große Brunnenstraße 16 und John, Große Gosenstraße 17. Jede Person 1/2 Liter zum Preise von 12 Pf. Zugelassen sind die neuen Lebensmittelscheine Nr. 56 001—60 000, außerdem auch diejenigen Haushaltungen dieser Lebensmittelscheine, die auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheins für Molkereiprzeugnisse bisher weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180619-15/fragment/page=0003

Ein Reichsamt für Gesundheitspflege und Sozialversicherung.

Um die offen fühlbare Ueberlastung des Reichsamts des Innern zu beseitigen, ist durch den kaiserlichen Erlaß vom 31. Oktober 1917 eine Teilung vollzogen worden, wodurch das Reichswirtschaftsamt geschaffen wurde. Bei diesem übereiltem Vorgang ist zum Nachteil des Gesundwesens eine Zweiteilung bestehen geblieben, die sich auch allgemein vom Standpunkt der Sozialpolitik als unpraktisch und wenig förderlich erweisen muß. Nach der Neuregelung gehören jetzt zum Geschäftsbereiche des Reichsamts des Innern 12 Abteilungen, wobei als zugehörig auch das Gesundheitsamt mit dem Medizinal- und Veterinärwesen, das Armenwesen und die Physikalisch-Technische Reichsanstalt usw. in Betracht kommen, während dem Reichswirtschaftsamt mit 21 Abteilungen die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt (Charlottenburg), die Behörden für Untersuchung von Seeunfällen, das Statistische Amt, das Aufsichtsamt für Privatversicherung, das Reichsversicherungsamt und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft überwiesen wurde. Wie in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober 1917 ausgeführt wird, gehören unter anderm zu dem Geschäftsbereiche des Reichswirtschaftsamts auch diejenigen Angelegenheiten, welche sich auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe usw.), auf Wohlfahrtseinrichtungen, das Wohnungsfürsorgewesen, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen. Danach bleibt ein wichtiger Teil des Reichsgesundheitswesens bei dem Reichsamt des Innern, während der übrige große Teil in das Reichswirtschaftsamt eingeordnet wurde. Durch diese Trennung des Reichsversicherungsamts vom Reichsamt des Innern muß sich auch die Kluft zwischen dem Gesundheitsamt erweitern und das Zusammenwirken erschweren, wodurch bei der bekannten Macht der Bureaukratie in weiterer Folge die von der Partei und den Gewerkschaften geforderte Einheitlichkeit und Zentralisation des Reichsgesundheitswesens und der hierbei wirkenden Kräfte ernstlich in Frage gestellt wird.

Dieser Dualismus auf dem Gebiete der reichsorganisatorischen Gesundheitsfürsorge kann auch der Arbeiterklasse hinsichtlich der Bestrebungen der Verstaatlichung des Medizinalwesens nicht gleichgültig sein. Aber auch in den ärztlichen Kreisen hat diese Neuregelung einen Widerspruch gefunden. Wie in der Arbeiterklasse so ist man auch hier schon seit Jahren mit der Organisation der Tätigkeit des Kaiserlichen Gesundheitsamts unzufrieden und hat für beträchtlich weitgehende Forderungen propagiert. Und dabei wird jetzt schon zum Ausdruck gebracht, daß auch das Reichswirtschaftsamt infolge einer Arbeitsüberlastung nur geringe Erfolge in Aussicht stellen kann. In dem Organ Ortskrankenkasse (Dresden, Nr. 21, 1917) wird in einer Abhandlung von Dr. jur. K. Elster unter dem Titel Bestrebungen für ein gesundheitliches Reichsamt unter anderem gesagt:

Das Kaiserliche Gesundheitsamt ist zwar eine Reichszentralbehörde, aber es ist nicht das, was man als oberste Exekutivbehörde für Hygiene und Sanitätswesen sich wünscht. Zwar erstreckt sich die Wirksamkeit des Gesundheitsamts außer auf wissenschaftliche auch auf gesetzesvorbereitende und administrative Tätigkeit, aber die gesetzesvorbereitende Tätigkeit ist hier auch wesentlich nur der Ausfluß wissenschaftlicher Untersuchungen und Erfahrungen, und zur verwaltenden Tätigkeit gehören insbesondere die Aufstellung von Vorschriften über die Beschaffung von Arzneimitteln, Anstellung von Analysen, Beseitigung des Geheimmittelunfugs, Herausgabe des Arzneibuches für das Deutsche Reich, die intellektuelle Leitung der Gesundheits- und Veterinärpolizei, die Prüfungsvorschriften der Medizinalpersonen und anderes mehr. Das ist freilich ein großer Teil dessen, was ein Reichsamt für Hygiene und Sanitätswesen zu leisten hätte, aber es ist eben nur ein Teil und ressortiert in übrigen von einer „nicht gesundheitlichen" Oberbehörde, also nicht das, was beispielsweise in Oesterreich-Ungarn neuerdings in einem eignen Gesundheitsministerium geschaffen werden soll. Denn wo bleiben die großen Fragen der Bevölkerungspolitik, der Rassen- und allgemeinen Sozialhygiene, der umfassenden Maßnahmen der Krankheitsbekämpfung auf dem Verwaltungswege und der vorbeugenden sanitären Aufgaben, die aus der Reichssozialversicherung entstanden sind?

Eine andre Strömung ist für eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern, mit einem Reichsamt für Sozialpolitik, also mit einer Trennung der Sozial- von der Wirtschaftspolitik, worin die soziale Hygiene mehr realisierend und verwaltungstechnisch zum Ausdruck gebracht werden sollte. Im Zusammenhang mit diesen Reformvorschlägen steht auch die Forderung eines Reichssekretariats für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen, wie es von dem Sozialhygieniker Dr. med. Prof. Alfred Grotjahn im Berliner Tageblatt (Nr. 310 vom 20. Juni 1917) dargestellt und empfohlen wurde. Danach soll das Reichsgesundheitsamt, die Reichsanstalt für Angestellte usw. zusammengefaßt werden. In der Begründung wird u. a. mit dem Hinweis auf das Hygieneministerium in England und den Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge in Oesterreich und Ungarn gesagt:

Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben, weil sie beide ihre Eigenart beibehalten und doch sich gegenseitig mehr als bisher befruchten und vor Reichstag und Bundesrat sich weitaus kräftiger zur Geltung zu bringen vermöchten als bisher. Es würde mit einem Schlage der jetzt von sozialhygienischer Seite so stark empfundene Uebelstand fortfallen, daß im Gesundheitsamt des Reichs zu sehr Theorie und Wissenschaft ohne Fühlung mit der Verwaltung getrieben wird, im Reichsversicherungsamt dagegen häufig der gute Wille und die Möglichkeit eines großzügigen sozialhygienischen Wirkens zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden kostspieligen Experimentieren führte.

Die letzteren Ausführungen wird jeder bestätigen müssen, der im Verlauf der Jahre nur einigermaßen die Dinge im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes beim Reichsamt des Innern verfolgen konnte. Aus den Kreisen der Aerzte und Intellektuellen fordert man deshalb, kurz gesagt, ein Reichsministerium für das gesamte Gesundheitswesen mit einer ärztlichen Oberleitung. Inwieweit hierdurch auch eine Zahl von wichtigen Problemen, wie das Zusammenwirken der Krankenkassen mit den ärztlichen Organisationen und mit dem Deutschen Apothekerverein usw., eine mehr zeitgemäße Lösung im Sinne einer fortgeschrittenen Sozial- und Gesundheitsfürsorge finden könnten, ist eine andre Frage. Ferner kann auch sehr fragwürdig erscheinen, ob zur Verstaatlichung des Aerzte- und Apothekerwesens, des Drogenhandels und der chemisch-pharmazeutischen Industrie ein solches Ministerium als geeignet erscheint. Es liegt dabei sehr nahe, anzunehmen, daß eine „ärztliche Oberleitung" gerade gegen die Realisierung des Problems eine Gefahr bedeuten kann; denn die ärztlichen „Standesinteressen", die sich auf einem sehr materiellen Boden bewegen, wurden im letzten Jahrzehnt zum Nachteil der Arbeiterpatienten oft recht unhuman zur Geltung gebracht. Wenn das schon unter einer juristischen Oberleitung möglich war, was kann dann nicht alles von einer ärztlichen Oberleitung erwartet werden!

Inwieweit das Reichsamt des Innern, das Reichsversicherungsamt zu den Fragen des Arbeiterschutzes nachteilig beeinflußt hat, ist wohl schwer zu übersehen. Aber durch Tatsachen bestätigt steht unzweifelhaft fest, daß in diesem Amt viel zu langsam gearbeitet und ungemein viel Zeit verschwendet wird. Durch die jetzt neu geschaffene Organisation ist das Zusammenarbeiten des Reichsversicherungsamts mit dem Gesundheitsamt noch mehr unterbunden worden als vordem, wo beide Ressorts dem Reichsamt des Innern unterstellt waren. Das wird auch im Zusammenhang mit den Zielen der Bevölkerungspolitik, des Gesundheitswesens und des Arbeiterschutzes auf einen andern Teil des Ressorts, wie z. B. die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und das Bauwesen, zutreffen, wo diese doch als mitwirkend bei der Hygienetechnik und dem Wohnungswesen in Frage kommen. Vor allem wird die Forderung zu vertreten sein: das Gesundheitsamt auch dem Reichswirtschaftsamt mit zu unterstellen. Zu einem besseren und praktischen Zusammenarbeiten bliebe immerhin noch die Frage offen: Inwieweit das Gesundheitsamt mit dem Reichsversicherungsamt zu einer Zentralstelle für Gesundheitswesen vereinigt oder auszugestalten als möglich erscheint. Einer derartigen Zentralstelle würde aber auch eine erweiterte und verantwortliche Selbständigkeit gewährt werden müssen. Als dringend erforderlich wird sich jetzt aber auch ergeben haben: das Reichsversicherungsamt mit den Berufsgenossenschaften von dem schleppenden Geschäftsgang des Arbeiterschutzes zu befreien. Das könnte unschwer dadurch geschehen, daß durch einen Zusatz in der Reichsversicherungsordnung §§ 87, 855, 857, 864) bestimmt wird, in dem Amt einen Beirat, bestehend aus gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern, einzufügen, der bei Einzelfragen zur Unfallverhütung anregend und verantwortlich mit zu entscheiden hat. Denn die Erfahrungen offen bekunden, genügen hier, um schädliche Einflüsse und nachteilige Unterlassungen zu verhindern, die je zwölf nichtständigen Vertreter der Arbeiter und Versicherten auf keinen Fall. Wie in diesem Zusammenhange sich zeigt, handelt es sich hier um äußerst wichtige Arbeiterinteressen, die auch dementsprechend im Reichswirtschaftsamt und im Bundesrat eine ernste Wahrnehmung erfordern. Denn wie vom Reichsversicherungsamt seinerzeit zum Ausdruck gebracht wurde, „ist die Wahrnehmung der Unfallverhütung die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften"!

G. Heinke. (Hamburger Echo.)

Zum Einlagern von Kartoffeln

werden vom 1. Juli an **größere Räumlichkeiten** gesucht; vor allem sind frostfreie große Keller erwünscht. Es kommen jedoch auch große Lagerräume und leerstehende Fabrikanlagen in Frage, in denen die Anbringung von Heizanlagen möglich ist. Gleisanschluß wird bevorzugt.

Offerten sind umgehend erwünscht an das Stadternährungsamt, Zimmer 17.

Halle, den 19. Juni 1918.

1287] **Der Magistrat.**

Maurer und Bauarbeiter

gesucht [1284

Schönemann & Schwarz,

Turmstraße 5.

Dr. Ed. David M.d.R.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Rede hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungskonsortium. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Hosenträger

Gegr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2363. 1061

Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche.

In der Aula des städtischen Lyceums, Halle, Alte Promenade 21

Sonnabend, den 22. Juni 1918, vormittags 11 Uhr:

Eröffnung der

Wander-Ausstellung für Säuglings-Fürsorge

des Vaterländischen Frauen-Vereins.

Eintritt 1 Mark.

Die Ausstellung ist täglich von 9—1 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachmittags geöffnet.

Eintritt 20 Pfennig, für Schülerinnen 10 Pfennig.

Zur Eröffnung: Vorträge des Herrn Medizinalrat Dr. **Bundt:** „Ueber die Notwendigkeit der Säuglingspflege mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Halle"

und des Herrn Stadtassistenzarzt Dr. **Roch:** „Organisation der Säuglingspflege in Halle".

Montag, den 24. Juni, abends 8½ Uhr im **Auditorium Maximum:**

Vortrag des Herrn Prof. Dr. **Schmieden:** „Ueber die Chirurgie des Kindesalters".

Freitag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr im **Auditorium Maximum:**

Vortrag des Hrn. stellv. Stadtarzt Dr. **Strauch:** „Innere Erkrankungen im Kindesalter".

Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr:

Militär-Konzert im Kurgarten Wittekind

ausgeführt von der Musik-Abteilung des Ersatz-Bataillons des Landw.-Inf.-Regts. Nr. 36.

(Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pfennig.)

Gleichzeitig findet daselbst die Gewinnverteilung der Lotterie zugunsten der Säuglings-Fürsorge statt.

Vorverkauf der Eintrittskarten zu den Vorträgen zu 1 M. in den Hofmusikalien-Handlungen H. Hothan, Gr. Ulrichstr. 38, und R. Koch, Alte Promenade 1a.

Möbel auf Teilzahlung.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzelne Möbel, besonders schöne Schlafzimmer, Speisezimmer a. Nußbaum, Eiche, Kleiderschränke Vertikos, Kücheneinrichtungen aller Art.

Kredit auch nach auswärts.

N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Der **Wahre Jacob** Nr. 2 Preis 15 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Die Internationalität und der Krieg von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.

Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme, Halle

Gr. Ulrichstraße 27.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle 8. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Markttaschen in Bast und Kunstleder Stück 8.75, 6.95, 5.25, 3.25, 2.25, 1.88 M.

Einkaufsbeutel in verschiedenen Formen Stück 4.35, 3.95, 2.98, 1.98, 1.38 M.

Marktnetze .... Stück 2.48, 2.18, 1.98 M.

Hand- und Waschkörbe

Bürstenwaren

in großer Auswahl :: Zu billigen Preisen

Kaufhaus [1231

H. Elkan, Leipziger Str. 87

Bad Wittekind.

Heute abend 8 Uhr:

Konzert

vom [1285 aktiven Trompeterkorps des Husaren-Regiments Nr. 12

Dauerkarten sind gültig.

Stadt-Theater

Donnerstag, den 20. Juni Anfang 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr

Einmaliges Gastspiel des Neuen Theaters Frankfurt a. M.:

Die Koralle.

Schauspiel von G. Kaiser.

Freitag: Die toten Augen.

Die Glocke

Sozialistisch. Wochenschau

Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3.50 M., empfiehlt die

Buchhdlg. Volksstimme,

Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Zoo

Donnerstag, 20. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr:

Konzert

vom [1286 Stadttheater-Orchester, Solist im Abendkonzert: Opernsänger Hetscher, Mitglied des Halleschen Stadttheaters.

Eintrittspreise für Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr ab 35 Pf., Kinder 20 Pf.

Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.

Die Gleichheit.

Sozialdemokratische Frauenzeitung Nr. 8 eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180619-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 138. Halle, Mittwoch den 19. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. Juni 1918.

Hallesche Hausbesitzer.

Kündigungsdrohung gegenüber Kriegerfamilien!

Von der städtischen Kriegsunterstützungskommission wird uns geschrieben:

Der letzte Quartalstermin hat mehreren Hausbesitzern Veranlassung gegeben, von den bei ihnen wohnenden Kriegerfrauen eine sofortige Erhöhung des Mietzinses, teilweise unter Androhung der Kündigung im Falle der Weigerung, zu verlangen. Ein solches Verfahren ist nicht nur gesetzlich unzulässig, sondern muß auch aus vaterländischen Gesichtspunkten auf das schärfste verurteilt werden. Eine Kündigung der Wohnung und damit mittelbar eine Erhöhung des Mietzinses ist, solange der Ehemann im Felde steht, nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung durchführbar, auch wenn die Ehefrau den Mietvertrag mitunterschrieben haben sollte. Keinesfalls ist eine Zwangsvollstreckung in die der Ehefrau gewährte Kriegsunterstützung oder gar zwangsweise eine Räumung der Wohnung während der Dauer des Krieges zulässig.

Es soll nicht verkannt werden, daß in diesen gesetzlichen Schutzvorschriften zugunsten des zum Heeresdienst einberufenen Mieters eine Härte für den Hausbesitzer durch etwaige Erhöhung der Hypothekenzinsen und anderer Hauslasten liegen kann, aber die Erhaltung des bisherigen Heims und die Befreiung von Sorgen des täglichen Lebens für unsere die Heimat schützenden Mitbürger muß den privaten Interessen des Vermieters mun einmal vorangehen. Anderseits genießt ja auch der Hausbesitzer gegen unangemessene Steigerung oder Beitreibung rückständiger Hypothekenzinsen den Schutz der Kriegsgesetze, indem das Gericht ihm Stundung auf Antrag gewähren kann. Außerdem gewährt die Stadt den Kriegerfrauen einen monatlichen Zuschuß zur Bezahlung der Mieten bis zur Hälfte, jedoch höchstens 30 M., ohne dafür, wie es in den meisten andern Gemeinden üblich ist, dem Hausbesitzer als Gegenleistung einen Verzicht auf ¼ oder ⅓ des Mietzinses zu verlangen.

Sollten Fälle solchen gesetzwidrigen rigorosen Vorgehens der Hausbesitzer in größerer Zahl bekannt werden, so wird die Stadt schließlich ebenfalls solchen Verzicht verlangen müssen, abgesehen von anderen Schutzmaßnahmen. Eine Erhöhung des städtischen Mietzuschusses auf mehr als die Hälfte und mehr als monatlich 30 M. ist ausgeschlossen, da die Stadt hiermit in Verbindung mit den sonstigen laufenden Unterstützungen schon mehr gewährt als die meisten anderen Gemeinden.

Glaubt der Hausbesitzer im einzelnen Falle um eine Erhöhung des Mietzinses aus besonderen Gründen nicht herumkommen zu können, so mag er dies mit dem im Felde stehenden Ehemanne schriftlich vereinbaren, wobei selbstverständlich die Erhöhung nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Kündigungsfrist gefordert werden darf. Ebenso ist dem zum Heeresdienst einberufenen Ehemanne, nicht der Ehefrau, eine etwaige an sich zulässige Kündigung schriftlich rechtzeitig zuzustellen. Praktisch läßt diese sich aber, wie oben bemerkt, nur mit Zustimmung des Mieters, nicht durch zwangsweise Räumung ausführen, unterbleibt daher in der Regel besser.

Kriegerfrauen, die den Mietvertrag mit unterschrieben aber nicht höhere Miete zahlen und nicht freiwillig räumen wollen, steht ebenso wie ihren abwesenden Ehemännern übrigens das Recht zu, auf Grund der Bundesrats-Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 in Ermangelung eines Einigungsamtes das hiesige Amtsgericht anzurufen, welches nach billigem Ermessen und endgültig über die Wirksamkeit der erfolgten Kündigung des Vermieters und über die Erhöhung des Mietzinses zu entscheiden hat. Nur muß der Antrag unverzüglich nach Empfang der Kündigung gestellt werden.

Es ist zu hoffen, daß etwaige gesetzwidrige Kündigungen und Steigerungen zurückgenommen und alle Hausbesitzer in Halle grade den Kriegern und ihren Familien das Durchhalten nicht erschweren werden, damit ein Eingreifen der zuständigen Zivil- und Militärbehörden zum nächsten Quartalstermin vermieden wird.

*

Versicherungspflicht und Aerzte.

Ende Juni wird ein außerordentliche Aerztetag auf Veranlassung der ärztlichen Organisationen zu den Anträgen um Reichstage und den Anregungen der Krankenkassenhauptverbände bei der Reichsregierung, betreffend die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung, Stellung nehmen.

Der Aerzte scheint sich eine lebhafte Erregung wegen dieser Anträge bemächtigt zu haben. Sie befürchten anscheinend, daß dadurch eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht und eine Einengung ihrer Privatpraxis bewirkt werde. Dies ist jedoch ein Irrtum, der nur dadurch entstanden sein kann, daß die Aerzte die Anträge auf Erhöhung der Versicherungsgrenze nicht genau verfolgt haben. Es handelt sich nicht darum, den Kreis der Krankenversicherungspflichtigen zu erweitern, sondern darum, diejenigen Personen, die jetzt infolge von Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen während des Krieges aus der Versicherungspflicht ausscheiden müssen, wieder in die Krankenversicherung einzubeziehen.

Der § 165 Abs. 2 RVO. bestimmt nämlich, daß bei Betriebsbeamten, Werkmeistern, Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitgliedern sowie Lehrern und Erziehern Voraussetzung für die Versicherungspflicht ist, daß ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 M. nicht übersteigt. Die wichtigsten dieser Gruppen sind die Handlungsgehilfen, Betriebsbeamten, Werkmeister und ähnliche Angestellte. Es sind das diejenigen Angestellten, die auch unter die Angestelltenversicherung fallen. Ein Teil von ihnen ist durch die Kriegszulagen zu einem Einkommen von mehr als 2500 M. gekommen; damit erlosch ihre Versicherungspflicht. Die soziale Lage dieser Angestellten ist aber trotz dieser Gehaltserhöhungen keineswegs günstiger geworden. Sie gehören nach wie vor zu den wirtschaftlich Schwachen, die durch die Versicherungspflicht geschützt werden sollen. Es liegt also für die Aerzte keine Veranlassung vor, sich gegen derartige Anträge zu wenden, die nichts anderes wollen, als ein Unrecht wieder gut machen.

Zudem ist der Kreis der hier in Betracht kommenden Personen wirklich nicht so groß, daß sich deswegen die Abhaltung eines außerordentlichen Aerztetages lohnt. Während des Krieges umfaßt die Krankenversicherung etwa 13 bis 14 Millionen Versicherte, während vielleicht ¾ Millionen Privatangestellte im ganzen Reiche gegenwärtig in Beschäftigung stehen. Von diesen ¾ Millionen unterliegen der Angestelltenversicherungspflicht etwa ½ Million. Das sind also alle Angestellte bis zu 5000 M. Jahreseinkommen. Ein Gehalt von 2500 M. bis zu der heantragten neuen Grenze von 4000 M. werden vielleicht 100 000 Angestellte beziehen, die aber über das ganze Deutsche Reich verstreut sind. Diese hunderttausend Versicherte sind durch die Entwicklung der Kriegsverhältnisse aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden, konnten sich aber bisher schon freiwillig weiterversichern. Einzelne mögen das versäumt haben, die meisten sind jedoch Kassenmitglieder geblieben, nur daß jetzt der Arbeitgeber keine Verpflichtung zur Bezahlung der Beiträge hat. Daher sollen sie wieder versicherungspflichtig werden. Das ist eine Forderung, die jeder sozialdenkende Mensch, auch wenn er Arzt ist, als berechtigt anerkennen sollte.

Die Beunruhigung der Oeffentlichkeit durch die Behauptung, es sei die Ausgestaltung der Krankenversicherung zu einer allgemeinen Zwangsversicherung für das ganze Volk beabsichtigt, entbehrt also jeder Grundlage.

---

* **Zwangsmäßig-freiw. „Kleiderabgabe.** Der Magistrat gibt bekannt: Die Frist zur freiwilligen Abgabe der Kleider nahr ihrem Ende. Jedermann, der einen entbehrlichen Anzug hat, bringe ihn schleunigst zur Altkleiderstelle (Leipziger Straße 17), geöfnet 9—1 und 3—5. **Bom 1. Juli an wird bei allen Personen, die nicht wenigstens einen Anzug abgegeben haben, eine Kleiderbestandaufnahme durchgeführt werden.**

* **Die Genossenschafts-Buchdruckerei,** also die Unternehmung, die das Volksblatt druckt, hält Donnerstag abend 8 Uhr im Volkspark ihre ordentliche Halbjahrs-Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Beratungsgegenstände: 1. Halbjahrsbericht. 2. Antrag der Mitglieder Drescher und Genossen: Die unterzeichneten Mitglieder der Genossenschaft beantragen hiermit eine außerordentliche General-Versammlung. In dieser soll zur Erörterung kommen: Die erfolgte Ueberweisung von 7000 M. (sieben Tausend Mark) aus Mitteln der Genossenschaft an das hiesige Sekretariat des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins. Wir berufen uns bei unserem Antrage auf die §§ 16, 20, Abs. 1 und 2, § 38 des Statuts der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei, sowie auf das Genossenschafts-Gesetz. Mit genossenschaftlichem Gruße: Im Auftrage der Mitunterzeichner: R. Drescher, Halle, Harz 42. H. Garbe. H. Strehler. Fr. Alecis. W. Heyne. G. Gerig. J. Streicher. Rud. Heyne, Diemitz. 3. Antrag Schade: „Die General-Versammlung bevollmächtigt den Vorstand, eine etwaige Verpachtung der Druckerei abschließen zu können."

* **Die Einführung fleischloser Wochen** beschäftigt schon seit längerer Zeit das sächsische Lebensmittelamt. Ob eine Verkleinerung der Wochenrationen oder fleischlose Wochen eingeführt werden, stehen zur Zeit noch nicht fest, doch dürften in der nächsten Zeit definitive Beschlüsse hierüber gefaßt werden. Die Regelung wird nicht nur in Sachsen, sondern in allen deutschen Bundesstaaten einheitlich durchgeführt. Eine Schonung der Viehbestände sei schon deshalb notwendig, um auch die Milchversorgung sicherzustellen, weshalb eine weitere Abschlachtung von Milchkühen vermieden werden soll.

* **Rationierung auch des Pferdefleisches?** Die im Pferdefleischhandel während der letzten Zeit hervorgetretenen Mißstände haben den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes veranlaßt, für den Ankauf von Pferden zur Schlachtung, für den Betrieb des Roßschlächtereigewerbes und den Handel mit Pferdefleisch den Genehmigungszwang einzuführen. Die Verordnung gibt den Handelszentralbehörden die Befugnis, ihrerseits die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Insbesondere sind die Landeszentralbehörden berechtigt, an denjenigen Stellen, an denen ein Bedürfnis nach Einführung von Richtoder Höchstpreisen für Schlachtpferde besteht, solche festzusetzen. Wo es durchführbar erscheint, sollen Kundenlisten zur Einführung gelangen, damit das von der Verordnung erstrebte Ziel, das Pferdefleisch der minderbemittelten Bevölkerung möglichst gleichmäßig zuzuführen, eher erreicht wird.

* **In 25 Fällen die Obstnutzung enteignet.** Von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst wird uns mitgeteilt, daß sie bei 25 zum Teil recht großen Obstpachtungen wegen Preisüberbietung von dem Enteignungsrecht Gebrauch gemacht hat. In vielen andern Fällen schweben noch die Ermittelungen, denn vor der Enteignung muß das Vorliegen einer Preisüberbietung festgestellt sein. — Leider befindet sich unter den Enteigneten auch die Stadt Halle, der man eine große Kirschennutzung abgenommen hat, angeblich weil sie bei dem gezahlten Pachtpreis die Höchstpreise nicht einhalten könnte. Von irgendwelchen „Ermittlungen" vorher ist dabei aber nicht die Rede gewesen.

* **Bestandsaufnahme der Biervorräte.** Um eine Unterlage für die nach der Ernte zu erwartende Entscheidung über die Belieferung des im neuen Kontingentjahre zu gewinnen, ist von der Reichsgetreidestelle für den 30. Juni eine Bestandsaufnahme der sämtlichen bei den Brauereien vorhandenen Getreide-, Malz- und Biervorräte angeordnet worden.

* **Zur weiteren Einschränkung des Wäscheverbrauchs in Gastwirtschaften usw.** veröffentlicht der Magistrat noch eine nähere Bekanntmachung. Demnach ist vom 1. Juli an zufolge einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle die Darreichung von Mundtüchern aus Web-, Wirk- oder Strickwaren in allen denjenigen Betrieben verboten, die — wenn auch nur im Nebenbetriebe — entgeltlich Lebens- oder Genußmittel irgendwelcher Art zur Verzehrung an Ort und Stelle abgeben. Dieses Verbot bezieht sich aber nicht nur auf Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Kaffeehäuser, Konditorelen, Erfrischungsräume, Hotels, Pensionen, Logierhäuser, sondern auch auf Klubs, Gesellschaften, Kasinos, Kantinen u. Vereine. Ebenso dürfen in solchen Betrieben waschbare oder abwaschbare Web-, Wirk- oder Strickwaren (Linsenzeuge) zum Bedecken der Tische, auf denen Speisen und Getränke verabfolgt werden, den Gästen vom Betriebsunternehmer, seinen Vertretern, Angestellten oder dergleichen Personen zur Benutzung nicht mehr überlassen werden. Damit ist auch die Bekanntmachung vom 25. August 1917 die die Verwendung von Tischwäsche auf schichten oder mit Gewebeüberzügen versehenen Tischen zugelassen hatte, aufgehoben.

* **Die Altkleidersammlung.** Vielfach ist es mit Recht bemängelt worden, daß die Annahmestelle für getragene Arbeiterkleidung Anzüge zurückgewiesen haben, die gestopft oder geflickt sind. Auf eine Anfrage an die Reichsbekleidungsstelle wird nun mitgeteilt, daß eine solche Zurückweisung nicht im Sinne der Reichsbekleidungsstelle liegt. Diese legt nur Wert darauf, daß die abgegebenen Stücke sich in anständigem Zustande befinden und an ihnen keine oder nur nur noch geringe Ausbesserungen notwendig sind, das heißt, daß der Abgebende tunlichst das Stück vorher selbst ausbessern soll. Wo die Annahmestellen höhere Anforderungen gestellt haben, sind die Kommunalverbände um Abstellung ersucht worden. — Zu der Frage der Auftrinkungsmöglichkeiten der angeforderten Anzüge dürfte die Tatsache von Interesse sein, daß die Stadt München schon vor etwa einer Woche die ihr auferlegte Zahl von Anzügen aufgebracht hatte und nunmehr weiter sammelt, um die ortseingesessenen Kriegsinvaliden und später heimkehrenden Krieger zu versorgen.

* **Haftung des Unternehmers für gestohlene Kleidungsstücke der Arbeiter.** Eine für die Arbeiter wichtige Entscheidung fällte das Gewerbegericht in Augsburg. In einer größeren Brauerei waren einem

---

Handel und Wandel.

62] Von F. W. Hackländer.

Von meinem Vormund dagegen erhielt ich eines Tags ein längeres Schreiben, worin er seine Zufriedenheit aussprach, daß ich endlich Raison angenommen habe und einsehen gelernt, wie man etwas Tüchtiges lernen müsse, um durch die Welt zu kommen. „Deine Prinzipalin," schrieb er, „hat mir alles mögliche Gute von dir gesagt, und mir sogar die angenehme Hoffnung gemacht, daß sie in Anbetracht der Kenntnisse, die du dir erworben, und des Nutzens, den du ihrem Geschäft brächtest, sich wohl entschließen könne, dir schon für die letzten Jahre deiner Lehrzeit ein mäßiges Salär auszusetzen. Ich danke dir, daß dur meinen Ermahnungen endlich Folge geleistet und bin vollkommen zufrieden mit deiner Auffführung. Dagegen," hieß es in dem Schreiben weiter, „hat mir der Vetter einiges über dich mitgeteilt, das ich nur mißbilligen kann und was mich sehr betrübt. Du seist, behauptet der Vetter, gänzlich in die Hände deines pietistischen Buchhalters gefallen und auf dem besten Wege, selbst ein Heuchler zu werden. Ja, ein Heuchler, mein Freund, ich kenne jenes Volk und weiß genau, daß viele von ihnen ihre frommen Redensarten und ihr Tun vor der Welt nur dazu gebrauchen, schlechten Lüsten und wohlbekannten Sünden den Deckmantel umzuhängen. Nimm dich in acht! Jener Herr Specht, der mir ein unsauberer Zeisig zu sein scheint, hat etwelche Absicht auf dich, überwache deine Handlungen und tue nur das, was du mit dem Gewissen eines redlichen Mannes und nicht mit dem Gewissen eines pietistischen Heuchlers vereinigen kannst.

Apropos, bald hätt' ich vergessen, dir zu sagen, daß dein früherer Prinzipal, der Herr Reitzmehl, gestorben ist. Der Herr Philipp führt das Geschäft auf seine Rechnung fort und ist Vater eines gesunden Knaben."

Mit diesem Brief saß ich an demselben Abend lange auf meinem Zimmer und dicke Tränen fielen auf das Papier. Hatte der Vormund recht? Was konnte aber der Buchhalter von mir wollen? Daß ich an seinem Petragen manches rätselhaft erschien, gestand ich mir wohl; so schrieb er auf seinem Zimmer viele Briefe an auswärtige Handlungshäuser, namentlich an unser Amsterdamer Haus, und diese Briefe kopierte er selbst und ich mußte sie ihm in letzterer Zeit auf die Post tragen, nachdem ich ihm das Versprechen gegeben, niemandem davon zu sagen; auch erhielt er viele Briefe mit seinem Namen und diese mußte ich auf der Post, wo ich die ganze Korrespondenz täglich abholte, aussondern und ihm insgeheim übergeben. Einmal hatte ich auf seinem Tisch ein Schreiben liegen gesehen, worin ihm ein Bekannter anzeigt, er habe den Wechsel im Betrag von so und so viel richtig erhalten und ihm gutgeschrieben. Doch war an allem diesem eigentlich nichts Verdächtiges, der Herr Specht hatte ja die Prokura des Hauses und konnte wohl auf Befehl der Prinzipalin einzelne Geschäfte, die im Kontor nicht bekannt werden sollten, auf seinem Zimmer abmachen.

Nur etwas war mir eines Abends, als wir beisammensaßen, aufgefallen, daß nämlich der Buchhalter mir einen Brief mit der Unterschrift der Madame Stieglitz vorlegte und dazu sagte: „Unsere Prinzipalin hat eine eigene kriftige Handschrift, halb Männer- halb Frauenhand, die Schriftzüge derselben haben mit Ihrer Schreibart eine merkwürdige Aehnlichkeit, schreiben Sie mir doch des Spaßes halber einmal die Unterschrift nach." Ich tat, wie mir geheißen und brachte sie täuschend ähnlich hervor. Er warf das Blatt in eine Mappe und wir sprachen nicht mehr davon.

Lange Zeit war ich unschlüssig, was ich mit dem Briefe meines Vormunds anfangen sollte, ich schwankte, ob es besser wäre, ihn der Madame Stieglitz vorzulegen oder ihn vertrauensvoll dem Buchhalter zu übergeben. Ich entschied mich für das letztere, der Herr Specht dankte mir herzlich für meine Anhänglichkeit an ihn und versprach, dieselbe nach seinem besten Willen zu belohnen. „Sehen Sie," sagte er mit aufgehobenen Augen, „der Unschuldige muß viel leiden," und setzte mit feierlicher Stimme hinzu: „Herr, schaffe mir Recht, denn ich bin unschuldig, ich hoffe auf den Herrn, darum werde ich nicht fallen."

„Ihre Offenheit," fuhr er mit sanfter Stimme fort, „hat mir bewiesen, daß Sie auf dem wahren Wege des Heils der süßen Gnade entgegenwandeln. Es ist an der Zeit, daß ich einen Schritt weitertue und Sie einführe in jene gottgefälligen Versammlungen, wo mit warmem Herzen und mit heißem Munde das Lob des Herrn verkündet wird, lieblich und wohlgefällig der Seele. Halten Sie sich deshalb bereit, nächsten Freitagabend mit mir auszugehen, für die Erlaubnis hierzu werde ich schon sorgen.

Gute Nacht, mein Lieber, Hoffnung und Vertrauen!

Mein Fuß geht richtig, ich will dich loben, Herr, in den Versammlungen!"

31.

Die Betstunde.

In einem der entlegensten Teile der Stadt, am Ufer des kleinen Flusses, der an der Hauptstraße jenes Viertels vorbeifließt, lag ein kleines Haus, aus dem der Vorübergehende oftmals, besonders des Freitagabends, geistliche Lieder erschallen hörte, die darin gesungen wurden. Dieses Haus gehörte einem Färbermeister, einem von der Gnade vollkommen durchdrungenen Manne, der sein Geschäft nicht mehr fortsetzte, da er den ganzen Tag Visionen hatte, deren Glanz und Pracht seine Augen so verdunkelte, daß er nicht mehr imstande war, irdische Farben zu erkennen, und also zu seinem Geschäft vollkommen unfähig geworden war. Der Mann hatte sich einen kleinen Weinschank zugelegt, und böse Zungen behaupteten, er sei selbst sein eifrigster Kunde, deshalb den ganzen Tag betrunken, aus welchem Zustand auch seine Visionen stammten. Dem sei nun, wie ihm wolle, die Gemeinde der Auserwählten hielt ihn für ein erkorenes Rüstzeug, und da der Mann trotz seines Weinschanks in seinen Verhältnissen täglich mehr zurückging, so mietete man, um ihm einigermaßen unter die Arme zu greifen, den obern Stock seines Hauses und ließ dort ein paar große Zimmer zu Betversammlungen einrichten.

Wer in jenem Stadtviertel keine Geschäfte hatte, ließ sich namentlich des Abends dort nicht sehen; über den ziemlich breiten Fluß drang nicht Klang noch Gesang aus andere Ufer, und dort hinaus befand sich ein zweiter Betsaal, wohin sich die Gemeinde später zurückzog, damit profane Ohren auf der Straße nichts von dem Jauchzen des Halleluja vernähmen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180619-15/fragment/page=0005

Arbeiter aus dem nicht verschließbaren Aufbewahrungsraum Kleider und Schuhe im Werte von 160 M. gestohlen worden. Da im gleichen Betrieb schon vorher Diebstähle von Arbeitskleidern vorgekommen waren, wurde die Betriebsleitung von den Arbeitern wiederholt ersucht, den Aufbewahrungsraum verschließbar zu machen oder den Arbeitern verschließbare Kleiderschränke zur Verfügung zu stellen. Aber die Direktion kam diesen Ansuchen nicht nach, vielmehr begnügte sie sich damit, durch einen Anschlag bekanntzugeben, daß die Firma bei Diebstählen von den Arbeitern gehörigen Gegenständen eine Haftung nicht übernimmt. Der bestohlene Arbeiter verlangte trotzdem von der Firma Schadenersatz, wurde aber damit abgewiesen. Das Gewerbegericht, an das er sich nun wandte, entschied nach längerer Verhandlung, daß die beklagte Firma an den Arbeiter 160 M. nebst 4 Prozent Zinsen, für die ihm abhanden gekommenen Kleidungsstücke zu zahlen hat. Das Gericht hielt es für nachgewiesen, daß die Firma wiederholt auf den Mangel des nichtverschließbaren Aufbewahrungsraumes hingewiesen wurde, ohne daß dem Mißstand abgeholfen wurde, obwohl technische Schwierigkeiten nicht bestanden. Der bloße Anschlag mit der Ablehnung der Haftung der Firma für gestohlene Gegenstände der Arbeiter des Betriebes sei ungenügend und entbehre die Firma nicht von der Verpflichtung, Vorsorge zu treffen, um Diebstähle hintanzuhalten. Nachdem die Firma trotz Aufforderung das billige und gerechte Verlangen der Arbeiter nicht erfüllt habe, so liege ein Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet sei. Die Arbeiter allerorts werden gut tun, sich dieses Urteil zu merken.

* **Die Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge**, die der Baierländische Frauenverein vom 22. bis 30. Juni im Städtischen Museum abhält, soll alle Frauen und die heranwachsenden Mädchen mit den Grundsätzen einer sachgemäßen Pflege des Säuglings bekannt machen und sie von der unbedingten Notwendigkeit, planmäßige Säuglingsfürsorge durchzuführen, überzeugen. Es werden deshalb in der Wanderausstellung, deren Erklärung durch zwei hierfür besonders vorgebildete Schwestern (Hilfsschwestern) vom Roten Kreuz erfolgt, Führungen für Hebammen, Krankenpflegerinnen, Hilfsschwestern und Helferinnen vom Roten Kreuz, die Arbeiterinnen der hiesigen Fabriken, Schülerinnen der oberen Klassen veranstaltet. Während der Dauer der Ausstellung finden verschiedene Vorträge statt, und zwar sprechen die Herren Professor Dr. Schmieden, Medizinalrat Dr. Bundt, Stadtassistenzarzt Dr. Koch, stellvertretender Stadtarzt Dr. Strauch. Der Besuch der Ausstellung ist von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pf. (am Eröffnungstage 1 Mark) geöffnet.

* **Der Deutsche Kinderschutzverband** hält am 21. und 22. Juni in Magdeburg eine Tagung ab, zu der sich Personen aus allen Gegenden Deutschlands angemeldet haben. Als Verhandlungsgegenstand steht an: „Der vorbeugende Kinderschutz in Stadt und Land". Da trage werden halten: Direktor Dr. Pollitzkeit (Frankfurt a. M.), Pastor Bahnson (Hamburg), Frau Johanna Kießling (Heinzendorf i. Schl.), Regierungsrat Dr. Nollau (Köslin), Oberlandesgerichtsrat Rupprecht (München), Schriftsteller Achilles (Leipzig) und Rektor Haselbuhn (Magdeburg). Einen öffentlichen Vortrag wird Frl. Ida Klockow, Direktorin eines Lyzeums (Charlottenburg), über Zusammenhang des Kinderschutzes mit der Jungdeutschenbewegung halten.

* **Die Fernbahn Halle—Merseburg** gibt bekannt, daß sie infolge der Verkehrssteuer vom 1. Juli an folgende Preiserhöhungen eintreten lassen wird: Für jeden Personen-Fahrschein 5 Pf. Zuschlag.

Monatskarten: 1. und 2. Teilstrecken 3. Klasse 6.40 M. (Beit. 5.30 M.) 2. Klasse 7.80 M. (Beit. 6.70 M.), 3. und 4. Teilstrecken 3. Kl. 9.60 M. (Beit. 8.50 M.), 2. Kl. 11.30 M. (Beit. 10.20 M.)

Militär- und Gepäckscheine, sowie Schüler- und Arbeiterkarten bleiben unverändert.

* **Die aus Frankreich und aus Rußland zurückkehrenden deutschen Soldaten** werden im Heimatgebiet wetterverschieden verwendet, worüber sich eine amtliche Stelle zur Erklärung folgendermaßen ausläßt: Die deutschen Heeresangehörigen, die in Frankreich kriegsgefangen waren, sind der Freiheit wiedergegeben worden auf Grund von Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich, die den Austausch kriegsgefangener Deutscher gegen kriegsgefangene Franzosen und Belgier zum Gegenstande haben. In beiden Ländern werden durch diesen Austausch der Kriegswirtschaft wertvolle, anderweitig nur schwer oder überhaupt nicht zu beschaffende Arbeitskräfte entzogen. Der dadurch entstehende Ausfall muß alsbald gedeckt werden, was zweckmäßig nur durch Einstellung der auf Grund der Austauschabmachungen Heimkehrenden geschehen kann. Aus diesem Grunde ist für die aus Frankreich heimkehrenden Kriegsgefangenen lediglich Arbeitsverwendung vorgesehen; nach Gewährung eines Erholungsurlaubes, der im allgemeinen nicht über vier Wochen ausgedehnt werden soll, erfolgt die Einstellung in kriegswirtschaftliche Betriebe, so weit wie möglich an dem früheren Wohnort u. in Nähe der Angehörigen. Dagegen müssen die aus der russischen Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden nach Maßgabe ihrer körperlichen Tauglichkeit wieder im Heere und unter Umständen vor dem Feinde Dienst tun. Ihre Rückkehr erfolgt auf Grund der mit den östlichen Ländern geschlossenen Friedensverträge, in denen bezüglich der späteren Verwendung der beiderseitigen Kriegsgefangenen keinerlei Bindungen enthalten sind. Demgemäß können die aus russischer Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten, nach Ablauf eines Urlaubs von angemessener Dauer, ohne Einschränkung im Heeresdienst wieder verwendet werden. Es ist somit von der Rückkehr der Kriegsgefangenen Deutschen aus Rußland, die allerdings bis zu ihrem Abschluß längere Zeit in Anspruch nehmen wird, eine recht beträchtliche Verstärkung der deutschen Wehrmacht, insbesondere auch des Kampfheeres, zu erwarten.

* **Zusammenstoß zwischen Hafen- und Fernbahn.** Am Dienstag vormittag kam aus der Häuserschlippe in der Huttenstraße eine Lokomotive der Hafenbahn, gerade als ein Zug der Fernbahn Halle—Merseburg die Gleiskreuzung überfuhr. Die Lokomotive erfaßte noch den hinteren Teil des Triebwagens und drückte diesen langsam um. In dem Wagen befanden sich etwa 25 Personen, von denen eine Frau dadurch zu Schaden kam, daß sie während des Umfallens des Wagens noch auszusteigen versuchte. Sie wurde ins Krankenhaus „Bergmannstrost" gebracht; Lebensgefahr besteht nicht. Außerdem erlitten noch eine Frau und ein Knabe leichte Verletzungen. Soweit festgestellt werden konnte, trifft den Führer des Fernbahnwagens keine Schuld an dem Vorgange, vielmehr ist die Lokomotive unerwartet aus der Schlippe hervorgefahren, ohne daß die für Gleiskreuzungen vorgeschriebene rote Fahne sichtbar gewesen wäre. Die Entfernung des umgestellenen Triebwagens, der das Gleis sperrte, wurde sofort in Angriff genommen, so daß das Gleis alsbald freigemacht werden konnte.

* **Selbstmordversuche.** Am Montag nachmittag sprang eine weibliche Person von 18 bis 20 Jahren unterhalb der Cröllwitzer Brücke aus selbstmörderischer Absicht in die Saale. Sie wurde durch einen in der Nähe arbeitenden städtischen Gartenarbeiter mit einem Rettungsbaum wieder ans Land gezogen. Da die Lebensmüde bewußtlos war und sich auch nach längerer Zeit nicht wieder erholte, wurde sie mit dem Krankenwagen der Kgl. Klinik zugeführt. Ihr Name ließ sich bisher noch nicht feststellen. — In ihrer an der Ludwig-Wucherer-Straße befindlichen Wohnung versuchte sich eine 31jährige Ehefrau mit Leuchtgas zu vergiften. Von genommene Wiederbelebungsversuche der bewußtlos gewordenen Frau waren von Erfolg. Der Grund zur Tat dürfte auf einen vorausgegangenen Wortwechsel mit ihrem Ehemann zurückzuführen sein.

* **Gestohlen** wurden während der letzten Tage 2 Stücke Stoff von je 40 Meter Länge und 1.40 Meter Breite (schwarz Baumwollsanella), außerdem eine silberne Herr-Remontoiruhr mit Goldrand, auf dem Rückdeckel das Monogramm „F. B.".

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch „Die Rose von Stambul". Am Donnerstag gastiert das Neue Theater Frankfurt a. M. unter Leitung von Direktor Arthur Hellmer in Georg Kaisers Schauspiel „Die Koralle". Vorten zu dieser interessanten Aufführung sind noch an der Kasse erhältlich. Freitag findet die letzte Aufführung von d'Alberts Oper „Die toten Augen" in dieser Spielzeit statt. In der für Sonnabend angesetzten Aufführung von Verdis „Troubadour" singt Alfred Ernesti erstmalig die Titelpartie.

Bad Bitterfeld. Heute abend 8 Uhr findet ein Militär-Konzert von dem gesamten aus dem Felde beurlaubten aktiven Trompeterkorps des Thüringischen Husaren-Regiments Nr. 12 unter Leitung des Vizewachmeisters H. Pfalz statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Rothe, Suppe, Strauß, Schubert-Marie, Wagner, Eichendorff, Lacombe, Kalman, Offenbach, Kreutzer und Fall. In Bezug auf die reichhaltige Vortragsfolge und die vortrefflichen Leistungen des Trompeterkorps wird der Besuch dieses Konzertes allen Musikfreunden bestens empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 35 Pf., für Kinder 20 Pf. Dauerkarten haben Gültigkeit.

Aus der Provinz.

Nationalliberale für das gleiche Wahlrecht.

In einer am Sonnabend in Weißenfels abgehaltenen Versammlung der Nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz, die unter dem Vorsitz des Obmanns Justizrat Wallache (Naumburg) tagte, kam es zu einer eingehenden Aussprache der Vertreter über die Stellung zur Wahlrechtsfrage. An der Debatte nahmen u. a. auch Abgeordneter Dr. Blankenburg (Zeitz), Abg. Dr. Ludewig (Erfurt) und der Generalsekretär der nationalliberalen Partei Dr. Hugo teil. Am Schlusse der fast vierstündigen Debatte wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die von Angehörigen aller Stände besuchte Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz stimmt unter Würdigung der politischen Lage der Einführung des gleichen Wahlrechts zu. Sie spricht dem Abgeordneten des Wahlkreises Herrn Dr. Blankenburg ihr Vertrauen zu und bei von ihm in der Wahlrechtsfrage vertretenen Politik aus."

Von den anwesenden 90 Vertretern stimmten 84 für das gleiche Wahlrecht, 5 dagegen. Die Entschließung selbst wurde, da ein Teil der Vertreter der Zugverbindungen wegen früher aufbrechen mußte, mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Die früher Aufbrechenden stimmten vor ihrer Abreise mit 22 gegen 2 Stimmen für die Entschließung.

Naumburg. Vor dem Schwurgericht hatten sich am Montag die 25jährige Schlosserehefrau Marie Schmucker geb. Schaar aus Zeitz wegen Mitwirkung und die Rattarbeiterfrau Klara Schmidt geb. Burschardt aus Zeitz wegen Mittäterschaft zu verantworten. Die erste Angeklagte hatte ein umfassendes Geständnis abgelegt, wonach die zweite Angeklagte gegen Zahlung von 15 M. (5 M. hatte sie darauf erhalten), die Mittel gesteckt hatte. Die zweite Angeklagte bestritt jede Täterschaft. Die Verhandlung wurde nicht öffentlich geführt und endete mit der Verurteilung der Schmucker unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis, die Schmidt erhielt unter Ausschluß mildernder Umstände drei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, auch wurde sie sofort verhaftet.

Zeitz. Zur Wahl des Ersten Bürgermeisters. Von den Bewerbern um den hiesigen Posten des ersten Bürgermeisters waren fünf Bewerber zur engeren Wahl gestellt. Diese Herren haben sich im Laufe der vorigen Woche den Stadtverordneten vorgestellt. Die Wahl selbst und in der nächsten Zeit erfolgen.

Bitterfeld. Ein Mehlschieber- und Kettenhandel-Prozeß mit einigermaßen überraschendem Ausgang beschäftigte die 3. Strafkammer des Landgerichts Leipzig. Der Hauptangeklagte war der Mühlenbesitzer Waldemar Streudel in Pouch bei Bitterfeld, der beschuldigt wurde, in der Zeit vom Oktober 1916 bis zum April 1917 500 Zentner Roggen, die ihm dem Kommunalverband Bitterfeld zum Vermahlen überwiesen worden waren, ausgesondert und das Mehl für eigene Rechnung verkauft zu haben. Seine Mitangeklagten waren die Kaufleute Johannes Krötnschild, Ernst Kubenschild und Paul Georg Baumann, der Bäckermeister Gustav Paul Gärtner, der Provisionsreisende Ernst Hans Peters und der Speditionsinhaber Georg Friedrich Max Hehn, sämtlich in Leipzig, die Mehl von Streudel gekauft aber doch solche Vergehen verwirklicht haben sollten. Dabei sollen die schon von Streudel in der Höhe von 80 bis 170 M. für den Zentner angesetzten Preise noch ganz erheblich gesteigert worden sein. Der Angeklagte Hehn soll sich in der Weise der Beihilfe zu den Schiebungen schuldig gemacht haben, daß er das Mehl von Streudels Mühle nach Leipzig schaffte und sich für die Fuhre zwischen 125 bis 320 M. zahlen ließ. Streudel hat im Heeresdienst durch die Ungeschicklichkeit eines Kameraden einen Schuß in den Kopf erhalten und ist als dienstuntauglich entlassen worden. Die Schußverletzung soll üble Folgen gehabt haben, die sich nach dem Gutachten des Oberarztes Dr. Böttcher von der Psychiatrischen Nervenklinik in starken geistigen Hemmungen äußern. Bei der Beurteilung seines Geisteszustandes ist der Zweifel begründet, ob er überhaupt verantwortlich gemacht werden kann. Auf Grund der Zeugenaussagen und Sachverständigengutachten kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Hauptangeklagte Streudel sich tatsächlich der Unterschlagung der oben angegebenen Mengen von Getreide schuldig gemacht und bei dem Verkauf des aus diesem Grunde gemahlenen Mehls Preiswucher getrieben hat. Da er sich aber in einem Zustand befand, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war, so mußte seine Freisprechung erfolgen. Da so das Hauptdelikt nicht bestraft werden konnte, so waren auch die übrigen Angeklagten freizusprechen. Der Angeklagte Baumann hat von Streudel 190 Zentner Mehl gekauft und mit einem ungerechtfertigten Uebergewinn von 2428 M. verkauft, bei diesem Geschäft ist ihm Peters behilflich gewesen, deshalb wurde Baumann zu einer Geldstrafe von 5000 M. und Peters zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt. Der Uebergewinn von 2428 M. wird eingezogen, Peters ist davon mit 322 M. beteiligt.

Bitterfeld. Steuerzahlung. Die Zustellung der Veranlagungsschreiben für 1918 hat begonnen. Durch die eingetretene Verspätung ist eine umgehende Steuerzahlung für das erste Vierteljahr erforderlich geworden, und die städtische Steuerkasse ersucht deshalb, um einem übermäßigen Andrange im Kassenlokal vorzubeugen, die Zahlung sofort nach Empfang des Steuerzettels vorzunehmen. Wiederholt wird auf die bargeldlose Steuerzahlung durch alle hiesigen Banken sowie Sparkassen und durch das Postscheckkonto, Amt Leipzig Nr. 23 516 verwiesen.

Wittenberg. Gänsediebstahl. Während einer der letzten Nächte sind dem Weinberg-Straße 4 wohnenden Ackerbürger Möbius aus dem verschlossen gewesenen Stalle vier Gänse im Werte von über 100 Mark gestohlen worden. Von dem Verbleib der Gänse konnte bisher nichts ermittelt werden; diese sind aber allem Anscheine nach, einer vorgefundenen Fahrradspur nach zu urteilen, in der Richtung zur Stadt entführt worden.

Torgau. Grubengasexplosion. Aus Mückenberg wird unterm 16. Juni berichtet: Eine schwere Explosion ereignete sich heute früh in der Brikettfabrik Müllgrube. Das Dach der Fabrik wurde emporgeschleudert und das Innere stark beschädigt. Bisher sind, wie uns berichtet wird, zehn Tote zu beklagen. Drei Mann sind schwer verletzt.

Zeitzer Kriegsverluste.

Aus der Preußischen Verlustliste 1159: Paul Bartel, Roda (Weißenfels), leicht verwundet. Hugo Börner, Kretzschau, schwer verwundet. Alfred Dörfler, Schkauditz, vermißt. Sergeant Richard Falkenstein, Teuchern, schwer verwundet. Emil Friedrich, Zeitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Ernst Fronitz, Meuselwitz, vermißt. Unteroffizier Ernst Funke, Döschwitz, schwer verwundet. Gottfried Gerth, Kleinpürchen, schwer verwundet. Paul Großdorf, Hamburg, gefallen. Gefreiter Albert Heinrich, Teuchern, vermißt. Ernst Hering, Birkau, leicht verwundet. Sergeant Max Hilpert, Droßdorf, vermißt. Unteroffizier Paul Jäckel, Zeitz, schwer verwundet. Gustav Kahnt, Teuchern, vermißt. Gefreiter Kurt Kampe, Zeitz, gefallen. Kurt Kreijel, Schölen, leicht verwundet. Sergeant Hermann Kühn, Gaumnitz, vermißt. Paul Lautenschläger, Lotzsch, leicht verwundet. Gefreiter Karl Leitsch, Zeitz, gestorben an seinen Wunden. Franz Lemke, Droßzig, leicht verwundet, zur Truppe zurück. Gefreiter Hermann Lippert, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Emil Meinhardt, Teuchern, leicht verwundet. Max Roetzer, Crossen, verwundet. Otto Naumann, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Albin Obst, Kleinpürchen, gefallen. Willi Oertel, Schölen, schwer verwundet. Alfred Otto, Kröpfuln, leicht verwundet. Max Pauli, Theißen, vermißt. Gefreiter Emil Rechmann, Crimmitschau, leicht verwundet. Max Rietsch, Geußnitz, leicht verwundet. Sergeant Heinrich Raschke, Lotzsch, vermißt. Unteroffizier Arno Reichardt, Staschwitz, gefallen. Albert Reinhardt, Zangenberg, gefallen. Ernst Riedel, Jaucha, leicht verwundet. Unteroffizier Ernst Schade, Teuchern, leicht verwundet. Kurt Schlegel, Hohenmölsen, leicht verwundet. Gefreiter Paul Schmidt, Breitenbach, leicht verwundet und vermißt. Sergeant Karl Schubert, Zeitz, leicht verwundet. Max Sebastian, Wildschütz, leicht verwundet. Sergeant Otto Senf, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Max Trölitzsch, Dobitschen, leicht verwundet. Paul Urbanski, Crossen, leicht verwundet. Otto Weise, Großzoga, leicht verwundet. Gefreiter Otto Weise, Lotzsch, leicht verwundet. Gefreiter Otto Werkbeck, Droßzig, in Gefangenschaft. Hermann Weixbeck, Droßzig, in Gefangenschaft. Hermann Wertel, Luckenau, gefallen. Unteroffizier Max Wiedemann, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Berthold Wilhelm, Kretzschau, durch Unfall leicht verletzt. Unteroffizier Oswald York, Löbitz, leicht verwundet. Reinhold Zedlick, Nitzitz, schwer verwundet.

Aus der Preußischen Verlustliste 1160: Otto Anlauft, Schölen, leicht verwundet. Emil Arnold, Schellenbach, leicht verwundet. Gefreiter Joh. Bäcker, Hayna, verwundet. Karl Daihe, Kostplatz, leicht verwundet. Gefr. Albin Goralczyk, Pauscha, leicht verwundet. Paul Händler, Zeitz, leicht verwundet. Oskar Hause, Crossen, leicht verwundet. Albin Junghans, Oberwerschen, leicht verwundet, zur Truppe zurück. Alfred Köhle, Teuchern, leicht verwundet. Sergeant Oswald Krause, Luckenau, gefallen. Gefreiter Kurt Müller, Stroßau, schwer verwundet. Gefreiter Karl Rothe, Theißen, leicht verwundet. Walter Schirmer, Minkwitz, schwer verwundet. Richard Schmitz, Zangenberg, vermißt. Oberjäger Alfred Schumann, Taucha, leicht verwundet. Gefreiter Kurt Schwieske, Zeitz, bisher schwer verwundet, gestorben. Leutnant der Reserve Fritz Spillner, Hohenmölsen, vermißt. Sergeant Max Tiegel, Zeitz, leicht verwundet. Walter Wagner, Hohenmölsen, gefallen.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1161: Hermann Berger, Hainsburg, schwer verwundet. Kurt Dose, Taura (Taucha?), leicht verwundet. Unteroffizier Edwin Erler, Dobitschen, leicht verwundet, bei der Truppe. Unteroffizier Albin Freyer, Kröpfuln, leicht verwundet. Max Grohmann, Zangenberg, leicht verwundet. Paul Hartmann, Taucha, leicht verwundet. Otto Herscher, Zeitz, gefallen. Willi Junge, Kaußlin, leicht verwundet. Unteroffizier Walter Kupfer, Zangenberg, leicht verwundet. Emil Mengel, Schellbach, leicht verwundet. Kurt Müller, Oelsen, leicht verwundet. Kurt Peitsch, Zeitz, verwundet. Max Pohle, Döbris, gefallen. Max Rosenheinrich, Droßzig, verwundet. Fritz Rost, Kretzschau, leicht verwundet. Max Schmidt, Kupitz, schwer verwundet.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1162: Max Billhardt, Teuchern, leicht verwundet, bei der Truppe. Unteroffizier Erich Günzel, Zeitz, bisher schwer verwundet, gestorben. Paul Härting, Kuhndorf, leicht verwundet. Willi Hegne, Großgrimma, vermißt. Max Hilpert, Zangenberg, leicht verwundet. Paul Lichtenfeld, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Karl Nicodemus, Zeitz, schwer verwundet. Gefreiter Ernst Pennhorst, Gleina, schwer verwundet. Alfred Preutzer, Kleinosfda, leicht verwundet. Willi Schönfeld, Pölzig, vermißt. Gefreiter Otto Seyfarth, Bröckau, leicht verwundet. Unteroffizier Ewald Strätzner, Kleinosfda, leicht verwundet. Gefreiter Hugo Topf, Zembschen, gefallen.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1163: Ernst Baum, Zeitz, verwundet. Franz Böhlitz, Böhlau, leicht verwundet. Otto Huhn, Trebnitz, gefallen. Karl Jakob, Hohenmölsen, leicht verwundet. Alfred Kröber, Ostrau, leicht verwundet. Paul Oritzkig, Crossen, leicht verwundet. Unteroffizier Walter Pache, Pölzig, leicht verwundet. Richard Pohle, Bornitz, leicht verwundet. Gefreiter Otto Reißmann, Kleinosfda, leicht verwundet. Hermann Rentzsch, Lonzig, leicht verwundet, bei der Truppe. Gefreiter Otto Räder, Zeitz, verwundet. Paul Scheffel, Haynsburg, leicht verwundet. Erich Schönleben, Meuselwitz, tödlich verunglückt. Max Schwarze, Ober-Bornitz (?), Kreis Zeitz, schwer verwundet. Franz Selzer, Hassel, leicht verwundet. Hermann Steinmetz, Teuchern, leicht verwundet. Gustav Strauß, Heukewalde, leicht verwundet. Unteroffizier Karl Waldenburger, Kröpfuln, leicht verwundet. Richard Wolfangel, Großosfda, bisher vermißt, in Gefangenschaft. A. R. Willi Zimmermann, Teuchern, leicht verwundet.

Aus der Sächsischen Verlustliste 509: Ernst Rüdner, Hohenmölsen, bisher vermißt, verwundet. Sergeant Emil Schlegel, Kütritzsch, leicht verwundet. Gefreiter Albin Siermann, Taucha, leicht verwundet.

Aus der Partei.

Gericht gegen Gericht.

Kürzlich wurde, wie wir mitgeteilt haben, der verantwortliche Redakteur der Schlesw.-Holsteinischen Volkszeitung, Gen. Brecour, zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in seiner Zeitung einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem geschildert war, wie ein Gutsbesitzer mitten im Winter mit Hilfe seines Inspektors, des Verwalters, eines Arbeiters und zwei kriegsgefangenen Russen die Familie eines Rüstungsarbeiters aus der Armenkathe des Gutes auf die Straße gesetzt hatte. Der Rechtsanwalt des Gutsbesitzers hatte vor Gericht geltend gemacht, die Familie sei „unbefugt und mit Trug und List in die Wohnung eingezogen". Das Gericht hatte ihm geglaubt und auf die hohe Strafe „erkannt". Dieser Tage hatte sich der Gutsbesitzer und sein Inspektor vor einer anderen Abteilung desselben Gerichts zu verantworten. Sie hatten einen Strafbefehl von 15 und 5 M. erhalten, weil sie sich durch Hinausjagen der Familie des Rüstungsarbeiters der Nötigung schuldig gemacht haben sollten. Gegen diesen Strafbefehl hatten beide Einspruch erhoben. Und siehe da: Der Inspektor wurde zwar freigesprochen, weil er die Aufträge des Gutsbesitzers ausführen hatte, der Gutsbesitzer aber wurde verurteilt. Nach allem, was zwischen dem Rüstungsarbeiter und dem Gutsbesitzer besprochen worden war, habe der Arbeiter annehmen müssen, daß er zu Recht in der Kathe wohne.

Nach diesem Urteil kann das Urteil gegen unseren Genossen Brecour unmöglich aufrechterhalten bleiben.

Unabhängige Verdächtigungen.

„Die Fälscher an der Arbeit" nennt der „Grundstein" eine neue Abrechnung mit den unabhängigen Querstrebern. Er erinnert daran, daß die Leipziger Volkszeitung einige Sätze Winnigs in das direkte Gegenteil ihres Sinnes verkehrt habe, indem sie ihm unterstellte, für die Herabsetzung der Löhne nach Kriegsschluß eingetreten zu sein. Jetzt ist durch die unabhängige Presse ein Korrespondenzartikel „Gewerkschaftliche Wahlrechtspolitik" gegangen, in welchem aus dem Grundstein als angeblich wörtliches Zitat die Sätze angeführt werden: „Die Reaktionäre wissen, was sie wollen. Ihr Starrsinn ist nur durch die Regierung zu brechen." Das wird natürlich als eine Bankrotterklärung allerschönster Art für die Macht der Arbeiterbewegung selbst ausgegeben. In Wahrheit haben die Sätze im Grundstein folgendermaßen gelautet:

„Die preußischen Reaktionäre wissen, was sie wollen. Ihr Starrsinn ist nur durch eine Regierung zu brechen, die nicht mit ihnen kompromißelt, sondern die auch weiß, was sie will. Wir halten es für sehr gefährlich, wenn die Regierung diese Festigkeit fernerhin vermissen ließe."

An anderer Stelle wird dann ausdrücklich hinzugefügt, daß es eine Lebensfrage für die Arbeiter ganz Deutschlands sei, mit allen Mitteln den Kampf für das gleiche Wahlrecht zum Siege zu führen. „Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Junker- und Scharfmacherfronde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will."

Der Grundstein erklärt daher die vorgenommene Fälschung für das Werk eines unabhängigen Schurken, der aus Gewinnsucht die Verleumdung der Gewerkschaften planmäßig und gewissenlos betreibe. Er findet es erstaunlich, daß die gewerkschaftlich organisierten Unabhängigen nicht diesem schändlichen Treiben Einhalt gebieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180619-15/fragment/page=0006